



Indien - auf dem Weg zur Weltmacht? Wirtschaftlich an Deutschland vorbei - auch dank deutscher Hilfe

VON KARIN LUDWIG



Bild von юлия auf Pixabay

Der indische Subkontinent blickt auf eine lange und beeindruckende Geschichte zurück. Um 2400 v.Chr. gab es die erste Hochkultur im Indus-Tal. Um 250 v. Chr. erstreckte sich das Reich der Maurya fast über den gesamten Subkontinent. Ashoka schuf damals den ersten Staat, in dem Gewaltverzicht und soziale Wohlfahrt die tragenden Säulen der Politik darstellten. Unter den Mogul-Herrschern des 17. Jahrhunderts war Indien mit etwa 30 Prozent Anteil an der gesamten Weltwirtschaft das reichste Land der Erde. Ab etwa 1800 begann die britische Kolonialherrschaft.

Aus indischer Sicht beruhte der Glanz des British Empire im Wesentlichen auf der Herrschaft über Indien - nach der Unabhängigkeit 1947 ging es mit Großbritannien bergab, mit Indien aufwärts.

Heute ist Indien mit etwa 1,43 Milliarden Menschen das bevölkerungsreichste Land der Erde. Beim nominalen Bruttoinlandsprodukt liegt es mit 3,4 Billionen US-Dollar auf Platz 5, kaufkraftbereinigt mit 11,9 Billionen US-Dollar auf Platz 3.

Das jährliche Wirtschaftswachstum liegt bei etwa 7 Prozent. Seit 1974 gehört Indien zu den Atommächten, verabschiedete jedoch 1999 ein Moratorium, in dem es auf einen nuklearen Erstschlag verzichtet.

Im August 2023 gelang erstmals eine erfolgreiche Mondlandung. Pünktlich zum 100. Jahrestag der Unabhängigkeit 2047 möchte Indien offiziell zu den Industriestaaten gezählt werden. Aber natürlich gibt es in einem so riesigen Land auch Schattenseiten. In Indien werden mehr als 100 Sprachen gesprochen, 22 davon sind offizielle Amtssprachen. Heute sind etwa 80 Prozent der indischen Bevölkerung Hindus, etwa 14 Prozent Muslime, jeweils etwa 2 Prozent Christen und Sikh, jeweils weniger als 1 Prozent Buddhisten, Jains und andere.

In so einem Vielvölkerstaat bleiben soziale und religiöse Spannungen nicht aus.

Die Muslime sind meist ärmer und weniger gebildet als die Durchschnittsbevölkerung, teils durch Diskriminierung, teils durch eigenen Mangel an Motivation. Durch die höhere Geburtenrate wächst der Anteil der muslimischen Bevölkerung stetig.

Es gab mehrere islamistische Terroranschläge, die schlimmsten 1993 (257 Tote) und 2008 (166 Tote), beide in Mumbai. Muslimische Terroristen erhalten oft Unterstützung aus Pakistan, auch am Drogenhandel soll der nordwestliche Nachbarstaat beteiligt sein.

Seit der Unabhängigkeit Indiens **Fortsetzung auf Seite 3**

herrscht ein Konflikt zwischen Indien und Pakistan um die Zugehörigkeit des Bundesstaates Jammu und Kaschmir, der bereits zu vier offenen Kriegen geführt hat. Kaschmir war nach der Teilung Britisch-Indiens zunächst unabhängig, wurde aber von beiden Staaten beansprucht.

Nachdem pakistanische Milizen Kaschmir angriffen, bat der Maharadscha Indien um Unterstützung und erklärte im Oktober 1947 den Beitritt zur indischen Union. Seit der Besetzung des Aksai-Chin-Plateaus durch chinesische Truppen 1956 mischt auch China im Kaschmir-Konflikt mit.

Heute sind etwa 77 Prozent der Bevölkerung von Jammu und Kaschmir Muslime und es gibt immer wieder Unabhängigkeitsbestrebungen. Die meisten Sikh leben im Bundesstaat Punjab.

Auch der Punjab wurde zwischen Indien und Pakistan willkürlich aufgeteilt. Bei der darauf folgenden zwangsweisen Umsiedlung von Hindus, Muslimen und Sikh kam es bürgerkriegsähnlichen Zuständen. In den 1980er Jahren folgten gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen nach Unabhängigkeit strebenden Sikh und der Zentralregierung.

Deutsches Geld für die Welt

Wo verschwinden Ihre Steuergelder?

Auf den Seite 21-23 finden Sie eine Auflistung der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion CDU/CSU - Drucksache 20/9176, woraus hervorgeht welche Auslandsprojekte Sie mit Ihren Steuergeldern finanzieren.

wir empfehlen ...



KONTRAFUNK

Die Stimme der Vernunft

kontrafunk.radio

Politik von rechts – Ein Manifest

VON JOHN KERRY

Rezension des neuen Buches von Maximilian Krahl, EU-Spitzenkandidat der AfD, Politik von rechts – ein Manifest

Kapitel 3:

Der Staat. Kollektive Ordnung in einem umgrenzten Gebiet

Schon der Titel dieses Kapitels stellt klar, worum es sich handelt. Ein Staat ohne Grenzen ist kein Staat, und ein Staat ohne Ordnung ist Anarchie.

Genau diese Ordnung wird von den Linken in Frage gestellt und dekonstruiert, zum „Wohle“ der Freiheit des Einzelnen. Ordnung bedeutet aber Kontrolle, Autorität und sogar Repression. Wer diese Ordnung gestaltet, ist Gegenstand politischer Auseinandersetzung.

Genau diese politische Auseinandersetzung darf aber auch vom Staat nicht unterdrückt werden, weshalb Opposition der Kern eines freiheitlichen Staates ist. Die Verfassung steht noch über den Staatsorganen und wird vom Souverän, in freiheitlichen Staaten dem Volk, entschieden.

Diese Verfassung räumt den Bürgern Rechte gegenüber dem Staat ein, ist also ein Abwehrrecht des Bürgers, und darf nicht von Staatsorganen (wie dem Verfassungsschutz) missbraucht werden, um den

Bürger einzuengen.

Die Diskussion darüber, ob Deutschland eine Verfassung hat oder nicht ist heute müßig, nachdem das Grundgesetz über 70 Jahre seinen Dienst getan hat, und offensichtlich von der Mehrheit des Volkes akzeptiert wird.

Vor allem die Rechten sollten sich mit Forderungen zurückhalten, dass eine neue Verfassung vom Deutschen Volke erlassen werden sollte. Man stelle sich nur vor, was in einer solchen Verfassung, die überwiegend von Linken vorgeschlagen und gewählt wird, enthalten sein würde?

Nun geht die Macht im deutschen Staate längst nicht mehr von den Staatsorganen aus, auch nicht mehr von den gewählten Politikern.

Die wesentlichen Richtungsentscheidungen gehen von supranationalen Organisationen aus, welche Konventionen formulieren, die in nationales Recht umzusetzen sind. Selbst die maßgebenden richterlichen Entscheidungen basieren nicht auf innerstaatlichem Verfassungsrecht, wie der Kampf des EU-Gerichtshofes um die Hoheit über die nationalen Verfassungen zeigt.

Die politische Rechte lehnt diese Entwicklung zu Recht ab und muss erkennen, dass die entscheidende politische Auseinandersetzung kaum mehr durch nationale Wahlsiege beeinflusst werden kann. Die politische Rechte lehnt deshalb ein internationales Strafrecht genau so ab wie ein internationales Asylrecht.

Das internationale Völkerrecht wird gerade durch die Neugestaltung der Welt in eine multipolare Ordnung in Frage gestellt, wobei man bedenken muss, dass das Völkerrecht kein Recht der Völker ist, sondern ein Recht der Staaten, Völker in bestimmten Grenzen zu halten, manchmal sogar ein Volk in verschiedenen Staaten.



ISBN: 978-3-949041-53-2

Fortsetzung auf Seite 3

02 | Politik

Abfangjagd im Baltikum und Mitflug in Jagdflugzeugen der Russen. Wie geht das?

VON FRITZ LANGE

Einblick in die Welt des NATO-Bündnisses gewährte ein Vortrag im Offiziersverein Wuppertal (gegründet 1838), gehalten in den Räumlichkeiten der Concordia Wuppertal am 22.11.23 von Oberstleutnant P. Wurmbach, Pilot und heute Sachbearbeiter in einer Planungsabteilung der NATO in Brunssum, Niederlande. Die halbe Zeit seiner Tätigkeit führte ihn dabei ins Ausland.

So war er in den letzten Jahren u.a. nicht nur in Rußland sondern auch über 40 Mal in Afghanistan. Diese fordernde und (luftwaffentypisch) weltumspannende Tätigkeit prägte seine spannungsreichen Aussagen wie ein Staat Mitglied der NATO wird.

In Militäraktionsplänen von mindestens 4-5 Jahren werden

die militärischen Gegebenheiten und Fähigkeiten eines möglichen Kandidaten überprüft, bzw. zertifiziert. Hierbei ist allerdings zu beachten, daß über den allgemein bekannten Rahmen der militärischen Zusammenarbeit der NATO-Streitkräfte hinaus die Kontakte zu vielen Staaten erheblich umfangreicher sind. Dies ist in zahlreiche Abkommen und Partnerschaftsvereinbarungen zwischen und mit sehr unterschiedlichen Staaten aus weit entfernten Regionen, von Afrika, Arabien bis nach Australien begründet, da z.B. in UN-Missionen bei gleichen militärisch-politischen Interessen eine Zusammenarbeit besteht. Diese Kontingente bedürfen der engen Zusammenarbeit und tragen unmittelbar zum gegenseitigen Kennenlernen, zur Kenntnis der

Militärkräfte bei. In diesem Zusammenhang ist es nicht ungewöhnlich, daß z.B. einerseits NATO-Flugzeuge im Baltikum russische Militärmaschinen über NATO-Hoheitsgebiet abfangen und bis 2020 andererseits NATO-Soldaten in Rußland militärisches Gerät (auch Flugzeuge) besichtigen und als Besucher nutzen konnten.

Daraus folgt: Die Zertifizierung eines jahrzehntelangen Partners (wiewohl nicht NATO-Mitglied) wie Finnland, kann auch beschleunigt erfolgen. Beachtenswert sind im Falle von Finnland und Schweden zwischenstaatliche militärische Vertragsbindungen mit dem NATO-Land Norwegen. Das Mitgliedschafts-Ersuchen eines anderen Landes kann aber jederzeit durch den fehlenden

politischen, militärischen Willen gehemmt werden, die militärischen Voraussetzungen der Zertifizierung zu erfüllen. Insgesamt ist die militärische Zertifizierung eingebunden in den politischen Prozeß. Die Politik entscheidet über die Maßnahmen nach der Feststellung der militärischen Aufnahmevoraussetzungen.

Diese Entscheidung ist einstimmig durch die NATO-Mitglieder zu fällen, unter Abwägung aller politisch-militärisch-gesellschaftlichen-wirtschaftlichen Folgen. Die NATO-Stäbe haben auch zahlreiche Kontakte zu den internationalen Organisationen (z.B. die OECD), die wiederum militärische Überlegungen beeinflussen. Es gibt keinen Automatismus in

den Militäraktionsplänen zur NATO-Aufnahme. Jedoch Grundsätze. So wird im Falle der Einstellung der Zusammenarbeit zur Aufnahme und der Nichttätigkeit in weiteren 4 Jahren, das Gesamtverfahren eingestellt.

Ein Austritt aus der NATO ist möglich (siehe der vormalige Austritt Frankreichs aus der militärischen Zusammenarbeit). Der Austritt wird wirksam ein Jahr nach seiner Erklärung.

Entscheidende Grundlage aller NATO-Beitrittsbemühungen ist der Wille und das Tun des ersuchenden Staates in seinem Bereich militärisch, politisch und gesellschaftlich die Voraussetzungen für eine Zustimmung aller NATO-Mitgliedsländer zu schaffen.

Deutschland muss kriegsfähig gemacht werden

VON EMIL HOFER



Bild von Jens auf Pixabay

In jüngster Zeit verkündet der deutsche Verteidigungsminister – unwidersprochen von den linken Medien –, dass dies notwendig sei. Beifall bekommt er von langhaarigen grünen Kriegsdienstverweigerern und

struppigen FDP-Politikerinnen, die eine unbändige Lust am Krieg versprühen.

Viele Bürger interessiert das nicht, wurde doch gerade ein sogenanntes Sondervermögen von 100 Milliarden Euro genehmigt, um die Bundeswehr aufzurüsten, also können doch weitere Sondervermögen bereitgestellt werden, was solls?

Die Politiker zeigen aber ihre Kriegsbegeisterung nicht, um noch mehr Geld von den Steuerzahlern der künftigen Generationen zu erhalten.

Kriegsfähig heißt, dass ein eventueller militärischer Gegner überzeugt ist, dass fast alle wehrfähigen Bürger zu den Waffen eilen würden, um das Land zu verteidigen. Vor allem die jungen Bürger sind dann gefragt, wenn sie nicht gerade auf der Straße festgeklebt sind, um das Klima zu retten.

Nun, gehen wir sie doch einmal durch, ob sie kriegsfähig sind, eine Luisa Neubauer, der Sohn von Frau Lambrecht, der zumindest mit dem Hubschrauber mitfliegen kann, Ricarda Lang, Jan Böhmernann,

Kevin Kühnert, Katharina Schulze, Anton Hofreiter, Philipp Amthor, Tina Atalay, Emilia Fester oder gar Annalena Baerbock, die schon Rußland den Krieg erklärt hat.

Würde Annalena Baerbock ihre Kinder in den Krieg schicken oder würden diese dann zufällig im Ausland studieren wie der Sohn des ehemaligen ukrainischen Botschafters Melnyk?

Sind sie kriegsfähig die Habecks, die Deutsche Sawsan Chebli, Aminata Touré und viele andere aus der Generation der

Kriegsdienstverweigerer oder würden sie unsere Kinder und Enkelkinder schicken, um das Vaterland zu verteidigen, das der Vizekanzler zum Kotzen findet?

Nun werden sie eingeholt von den Realitäten, die Großmäuler und Kriegshetzer der Parteien, die schon Jahrzehnte lang das Land regieren.

Krieg war schon immer ein probates Mittel für Politiker, um von eigenem Versagen abzulenken. Bürger, hört die Signale, die Zeichen stehen auf Sturm!

Friedrich Merz, der Taktierer

VON ENZO RAUCH

Friedrich Merz musste schon viele Misserfolge einstecken und ist immer wieder in Erscheinung getreten.

Vor seinem Aufstieg bis zum Nachfolger Wolfgang Schäubles, der wegen seiner Spendenaffäre zurückgetreten war, als Fraktionsführer der CDU und damit Oppositionsführer war er nur lokal bekannt.

Frau Merkel erkannte richtig, dass Friedrich Merz für diese Position ungeeignet war, und bekämpfte ihn fortan, was darin gipfelte, dass sie 2002 den Fraktionsvorsitz beanspruchte und Merz auf den Stellvertreterposten verwies. 2004 gab Merz den Kampf mit Merkel auf und gab sein Amt zurück.

2007 gelang es Merkel, Merz zur Aufgabe aller Parteiämter zu

bringen, woraufhin Merz nach einer Auszeit 2009 Vorsitzender der Atlantikbrücke wurde. In keiner seiner bisherigen Positionen hat Merz signifikante Spuren hinterlassen, es ging immer um Karriere und seine Empfehlung für die Jobs war immer sein Bekanntheitsgrad, nicht seine Fähigkeiten.

Ohne sich je mit einer Aufgabe zu identifizieren, wechselte er taktisch von einem Job zum anderen, bis er beim größten Finanzdienstleister Blackrock anheuern konnte.

Dort waren ebenfalls sein Bekanntheitsgrad, seine Verbindungen zu Politikern und Wirtschaftsleuten der Türöffner in die Führungsetagen der Industriekonzerne.

Blackrock funktioniert so, dass deren Spitzenleute Zugang zu

Vorständen und Aufsichtsräten großer Unternehmen haben, und frühzeitig über Geschäftserfolge oder Misserfolge informiert werden. So kann Blackrock ein Unternehmen, welches in Schwierigkeiten gerät, frühzeitig fallen lassen, jedenfalls eher, als die Öffentlichkeit oder andere Anleger davon erfahren.

Mit dem frei gewordenen Kapital springt man auf den nächsten Zug auf, der in naher Zukunft Erfolge vermelden wird, und die Aktien steigen.

Die Vorstände und Aufsichtsräte der Unternehmen dürfen ihr Wissen um den Unternehmenserfolg oder -misserfolg nicht für Aktienkäufe oder -verkäufe nutzen, da für Insider Sperrfristen gelten. Für die Manager von Blackrock gelten diese Regeln nicht, wenn sie in

einem Unternehmen stark investiert haben, bekommen sie natürlich jederzeit einen Termin für ein Informationsgespräch.

So springt man taktisch von einer Chance zur anderen, ohne zurückzublicken, ohne Moral und ohne Bindung.

Das machte Merz, bis er an Merkels Ende wieder eine Chance für sich witterte. Zweimal trat er erfolglos zum Parteivorsitz an, verlor gegen Kramp-Karrenbauer und gegen Armin Laschet.

Als dieser dann 2021 die Bundestagswahl verloren hatte und zurücktrat, war die CDU schon so ausgelaugt, dass nur mehr Gegenkandidaten, wie Norbert Röttgen oder der völlig unbekannt Helge Braun, zur Verfügung standen und Merz endlich gewählt wurde.

Als Oppositionsführer taktiert Merz nun zwischen den Grünen und der AfD. Er weiß noch nicht, welcher Zug der erfolgreichere sein wird, und deshalb umgarnt er die Grünen und kopiert die Aussagen der AfD.

Es gibt offensichtlich kein Konzept, keine klare Parteilinie, und so nähert sich die CDU in den Umfragewerten der AfD immer weiter an.

Nun kommt wieder interner Widerstand in der CDU sowohl von der liberalen, als auch von der konservativen Seite, weil Merz weder die einen noch die anderen vertritt. Merz will sich mit aller Macht bis 2025 durchklavieren, um dann vielleicht doch noch mit einem kleinen Vorsprung, Kanzler zu werden. Sein Traum, der wahrscheinlich nicht in Erfüllung gehen wird.

Stephan Brandner:

Deutscher Richterbund übernimmt wichtige rechtspolitische Forderung der AfD

VON ENZO RAUCH

Der Deutsche Richterbund (DRB) hat die Justizminister von Bund und Ländern aufgefordert, sich endlich vom Weisungsrecht zu Ermittlungen der Staatsanwaltschaften zu verabschieden und ihre aus dem vorletzten Jahrhundert stammenden Durchgriffs-

rechte auf konkrete Ermittlungen der Staatsanwaltschaften aufzugeben.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, unterstreicht diese Übernahme einer bereits älteren AfD-

Forderung und macht deutlich, dass es sich dabei um einen der wichtigsten Bausteine zur Entpolitisierung der Justiz handele. „Es ist ein Gebot der Gewaltenteilung, die Entpolitisierung der Justiz voranzutreiben. Die aktuellen Zustände in

Deutschland, insbesondere die weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften, sind eines modernen Rechtsstaats nicht würdig. Die Alternative für Deutschland hat in der Vergangenheit bereits eine Vielzahl von Vorschlägen zur Entflechtung von Politik und

Justiz zur Stärkung des Rechtsstaats vorgelegt, auch zur Forderung des DRB, die schon umgesetzt sein könnte, hätten die anderen zugestimmt. Wir werden auch zukünftig nicht müde, wichtige rechtspolitische Vorhaben voranzutreiben.“

Überlebt die NATO?

VON ENZO RAUCH

Jetzt, nachdem das Kriegsgeschrei der deutschen Ampelpolitiker langsam verstummt, weil der Sieg über Russland nicht mehr so wahrscheinlich erscheint und eine Wahl Donald Trumps im Bereich des Möglichen ist, kommt es zu Diskussionen über die Zukunft der NATO.

Welchen Sinn hat ein Verteidigungsbündnis, welches Russland nicht bezwingen kann? Weder die Waffen noch die Strategie und auch nicht der Verteidigungswille sind

vorhanden, um Russland die Stirn zu bieten. Ein zahnloser Papier-tiger, der sich lächerlich gemacht hat und Unmengen Geld kostet.

Als erste werden dies die Amerikaner erkennen, unter einem Präsidenten Trump allemal und noch früher. Die logische Konsequenz für die USA ist, aus diesem Bündnis auszusteigen, welches seine Aufgabe nicht erfüllt und nur Geld kostet. Wir erinnern uns: „Keep the United States in, the Russians out and the Germans down.“ Wenn es Russland gelingt,

einen Teil der Ukraine abzutrennen und zum eigenen Staatsgebiet zu erklären, dann hat auch das vom Westen erdachte „Völkerrecht“ ausgedient, welches ja nicht die Rechte der Völker schützt, sondern ganz im Gegenteil, die Völker in ihren bestehenden und zum Teil willkürlichen Grenzen halten soll.

Für die EU wäre es eine Zäsur, plötzlich stünde man ohne jede Verteidigung da, ganz besonders in Deutschland gibt es kaum wehrfähige und auch wehrwillige Bürger.

Die deutsche Armee wäre in einem heißen Krieg unbrauchbar. Siegmар Gabriel verkündet nun, es müsste dann der französische Atomschirm über Deutschland gespannt werden, und das mache es nötig, französische Atombomben in Deutschland zu stationieren.

Dies ist in zweierlei Hinsicht falsch. Deutschland könnte sich auch atomar bewaffnen, wenn es sich wirklich verteidigen und nicht von einem Schirm unter den anderen schlüpfen möchte. Und selbst im Falle eines

französischen Atomschirms über die EU müssten in Deutschland keine Atomwaffen stationiert werden, die nur von Franzosen bedient werden. Bekanntlich liegt Frankreich direkt neben Deutschland, und diese geringen Entfernungen können in wenigen Minuten überbrückt werden.

Klar erscheint, dass die Welt nach dem Ukraine-Krieg eine andere sein wird. Dann werden Staaten Verantwortung tragen müssen und können sich möglicherweise nicht mehr unter Schirmen verstecken.

Welches Volk soll verteidigt werden?

VON ENZO RAUCH

Seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges fordert die Regierung und alles was dazu gehört, wie Medien und die CDU und die Linke, alles zu unternehmen, um das ukrainische Volk zu retten.

Das ist eine Selbstverständlichkeit, denn wir können doch nicht zusehen, wie ein Volk von der Bildfläche verschwindet. Nochmal wurde die deutsche

Öffentlichkeit aufgeschreckt, als islamische Terroristen Israel angriffen mit dem Ziel, das jüdische Volk auszurotten. Auch hier gilt unsere Solidarität dem bedrohten Volk, und manche Menschen meinen auch, dass wir uns Sorgen um das palästinensische Volk machen müssen.

Andere Völker genießen diese westliche Fürsorge nicht.

Das kurdische Volk kämpft schon Jahrzehnte ums Überleben, wird abwechselnd von den USA bewaffnet, um amerikanische Interessen zu verteidigen und wird wieder fallen gelassen, wenn sich die geopolitische Lage geändert hat.

Dann verbluten die Kurden wieder, weil das Interesse des Westens verschwunden ist.

Es gibt aber noch andere Völker, wie zum Beispiel das deutsche Volk. Dieses Volk hat keine internationalen Unterstützer, die es vor dem Untergang retten, obwohl es viele Feinde hat.

Diese Feinde sind aber im Inneren, Politiker halten es für ein mieses Stück..., andere bekommen das Kotzen, und der mächtige Inlandsgeheimdienst

verfolgt jeden, der dieses Volk vor dem schleichenden Tod der Überfremdung retten will.

Parteien, die es auch nur wagen das deutsche Volk retten zu wollen, werden von allen anderen Parteien ausgegrenzt, mit Verbot bedroht und von den Medien diffamiert. Wie unterschiedlich man doch sogenannte Menschenrechte auslegen kann.

Fortsetzung von Seite 1 - "Indien - auf dem Weg zur Weltmacht?"

Im Juni 1984 wurde das religiöse Zentrum der Sikh in Amritsar an einem Feiertag von indischen Truppen gestürmt, es starben Hunderte Sikh und 83 indische Soldaten. Im Oktober 1984 wurde die Premierministerin Indira Gandhi von ihren Sikh-Leibwächtern erschossen.

Heute kämpft die Khalistan-Bewegung für die Unabhängigkeit der Sikh, einer ihrer Aktivisten wurde im Juni 2023 in Kanada erschossen. Auch Christen leiden in einigen Regionen unter Diskriminierung und Verfolgung. Das Kasten-System der Hindu wurde 1949 offiziell abgeschafft, doch insbesondere in ländlichen Gebieten legt man nicht nur bei Eheschließungen noch immer viel Wert auf die Kasten-Zugehörigkeit.

Von staatlicher Seite wurden Quoten und andere Vergünstigungen eingeführt, um die Lebensbedingungen der unteren Kasten, aber auch für Angehörige bestimmter Stämme

(„Scheduled Tribes“) zu verbessern und eine gewisse Chancengleichheit herzustellen. Das gelang teilweise, doch viele der „Unberührbaren“ vegetieren auch heute noch in bitterster Armut dahin. Dennoch sind die Fortschritte unübersehbar.

Nach Aussage der indischen Finanzministerin Nirmala Sitharaman lebten 2015/16 noch knapp 25 Prozent der indischen Bevölkerung in Armut, 2022 waren es nur noch 15 Prozent. Die Arbeitslosenquote liegt bei nur 3,2 Prozent (Deutschland: 5,6 Prozent). Bei einer Reise durch Indien spürt man den Optimismus der Bevölkerung. Insbesondere die junge Generation genießt den steigenden Wohlstand durch bessere Bildung und boomende Wirtschaft.

Auch sonst ist Indien ein faszinierendes Reiseziel mit einer vielseitigen Natur, märchenhaften Palästen und Tempeln und ausgezeichnete

Küche. Lärm, Dreck und Menschenmassen sind für den Durchschnittseuropäer aber schon gewöhnungsbedürftig [1].

Deutsche Entwicklungshilfe: Milliarden Steuergeld für Indiens Mondflug. Als viertem Land der Erde ist es Indien, dem größten Empfänger deutscher Entwicklungshilfe, mit einem Budget von rund 1,6 Milliarden US-Dollar gelungen, eine Raumsonde auf dem Mond zu landen. Während in Deutschland nichts mehr funktioniert und das Land in Technologie, Bildung und Innovation immer weiter abstürzt, werden deutsche Steuergelder an Wachstumsstaaten überwiesen, die den Westen in vielem längst überholt haben.

Im Rahmen einer „Partnerschaft für grüne und nachhaltige Entwicklung“ hat Kanzler Scholz zugesagt bis 2030 insgesamt 10 Milliarden Euro bereitzustellen. Zusätzlich gibt es für "bilaterale Projekt" dieses Jahr eine weitere

Milliarde Euro deutsches Steuergeld. Weiterhin fleißen Gelder in Milliardenhöhe über Kirchen und Stiftungen, teils als günstige Kredite nach Indien, da in Indien die meisten armen Menschen der Welt leben würden. Deutschland zahlt auch hunderte Millionen für den Ausbau erneuerbarer Energien und andere vermeintliche Klimaschutzmaßnahmen in Indien, wo das jährliche Wirtschaftswachstum bei 7% liegt und Deutschland sich in der rezession befindet, während anhaltende Rezession in Deutschland.

Indien ist die fünfgrößte Volkswirtschaft der Welt, wächst jährlich um rund sieben Prozent und schickt sich an, Deutschland zu überholen, das noch auf Platz vier liegt. Deutschland befindet sich derweil in einer anhaltenden Rezession und unter massiver Unternehmensflucht leidet.

Auch marode Infrastruktur, katastrophales Bildungssystem, höchste Energiepreise der Welt

und eine jede Innovation erstickende Bürokratie und die Fianzierung der EU sind kein Grund Gelder zurückzuhalten. Ebenso nicht die selbst erzeugte Unfähigkeit Provinzbahnhöfe (Stuttgart21) oder gar Flughäfen preis- und zeitgerecht zu bauen als auch der desolaten Verteidigungsbereitschaft zu begegnen. Inzwischen wird jeder problemlos durchgeführter Regierungsflug der Flugbereitschaft mit Beifallsstürmen gefeiert. Weder diese prekäre Lage noch die nicht ansatzweise vorhandene Fähigkeit, dieser aufstrebenden Supermacht in technischen Spitzenleistungen Paroli zu bieten, stellt einen Grund dar, nicht weiterhin großzügig Abermilliarden deutscher Steuergelder Richtung Indien zu pumpen.

[1] <https://journalistenwatch.com/2023/08/26/deutsche-entwicklungshilfe-milliarden-steuergeld-fuer-indiens-mondflug>

Fortsetzung von Seite 1 - "Politik von rechts – Ein Manifest"

Der Staat selbst hat nur Maßnahmen zu treffen, die einem legitimen Zweck dienen, und er hat dabei die Verhältnismäßigkeit zu wahren, wobei die

Menschenwürde das Maß ist. Das rechte Versprechen ist aber nicht die bindungslose Freiheit des Einzelnen, sondern die identitäre Verwurzelung der

Menschen in Gesellschaft, Familie und Freunden. Das zentrale Thema der politischen Rechten, die Identität, wird also erst durch die Fragmentierung der Gesell-

schaft aufgeworfen, weil das was geklärt werden soll – wer bin ich – nicht mehr klar ist.

Der Einzelne darf nicht Objekt

einer abänderlichen Machtentscheidung sein, sondern seine menschliche Natur, seine Herkunft und Identität müssen geschützt sein.

Das verlogene Theater um „Remigration“

VON CHRISTIAN HAGER



Bild von © Peggy auf Pixabay

Die Unruhe unserer polit-medialen Nomenklatura über den Aufstieg der AfD in der Gunst des Wahlvolks veranlasst sie offenbar zu immer verwerflicheren Beschimpfungen politischer Konkurrenten.

Die selben herrschenden Politiker, die die Bestrebung der EU unterstützt, die Freiheit der Meinungs-äußerung in Internetmedien einzuschränken – und das nicht nur zur Einschränkung von „Hass und Hetze“, sondern auch von angeblichen „Fehlinformationen“ –, ergehen sich öffentlich in schwersten Beleidigungen („Nazis“) und gehässigen Beschuldigungen unbescholtener politischer Gegner.

Jüngst wird die Darstellung eines Treffens interessierter Personen aus AfD und CDU mit juristischer Qualifikation zu einem Vortrag des österreichischen „Rechtsextremisten“ Martin Sellner von seiten eines privaten, aber öffentlich finanzierten Inlandsgeheimdienstes „Correctiv“ missbraucht zu weiteren Beschuldigungen.

Zwar hatte Bundeskanzler Olaf Scholz vor kurzem „effektivere Abschiebungen“ angemahnt.[1] Aber wenn ein Martin Sellner von „Remigration“ spricht – eigentlich ein ganz sachliches Wort, inhaltlich gewaltfreier als die „Rückführung“ im Koalitionsvertrag der „Ampel“ –, ereifern sich „Qualitätsmedien“ von schwadronieren von „Vertreibung“ und setzen seine Vortragsrunde mit der ominösen Wannseekonferenz von 1942 gleich. Merkwürdig!

Wenn sonst jemand Untaten unserer Zeit mit Verbrechen der nationalsozialistischen Herrschaft vergleicht, muss er mit einem Verfahren wegen „Volksverhetzung“ nach § 130 StGB rechnen. Aber diese verleumderische Hetze gegen die Teilnehmer einer Vortragsrunde – ohne Beschluss oder überhaupt Beschlusskompetenz – ist trotz nicht nur Vergleich, sondern Gleichsetzung mit der Wannseekonferenz keine „Volksverhetzung“! Der Grund für diese Rechtsverdrehung ist auch klar: Die herrschende politmediale

Nomenklatura sieht den Erfolg ihrer „Asylpolitik“ in Frage gestellt: Die vor aller Augen stattfindende Umvolkung – auch das natürlich wieder ein nicht „politisch korrekter“ Begriff – könnte durch eine „Vertreibung“, also massenhafte Verweigerung des Asyls und folgende Abschiebung, am Ende noch scheitern.

Hilfsweise empört man sich besonders über die Erinnerung an die Möglichkeit, dass dies auch Inhaber der deutschen Staatsbürgerschaft treffen könnte, und „vergisst“, dass diese Staatsbürgerschaft sehr wohl einem verurteilten Übeltäter oder einem grundgesetzfeindlichen Aktivisten entzogen werden kann, wenn er eine weitere Staatsbürgerschaft besitzt. Letzteres dürfte bei einem Großteil der „Migranten“ oder „Asylanten“ der Fall sein, nachdem die deutsche Staatsbürgerschaft über sie ausgestreut wird wie die Kamellen beim Kölner Rosenmontagszug.

Diese sich „politisch korrekt“ gebende „Entrüstung“ über einen Vortrag über Remigration ist umso verlogener, als in den vergangenen Jahren die Regierungspolitik der „offenen Grenzen“ für Immigration sofort von angesehenen Juristen für rechtswidrig, ja grundgesetzwidrig erklärt worden ist – allerdings ohne das Echo eines polit-medialen Theaterdonners, wie wir ihn zur Zeit „gegen rechts“ erleben.

Warum strebte – und strebt immer noch – unsere polit-mediale Nomenklatura diese Ersetzung des deutschen Volks durch ein Multikulti von – einander misstrauischen bis

feindseligen – Parallelgesellschaften?

Zunächst: Sie verharmlost die längst vorhersehbaren Folgen, indem sie auf die angebliche Gemeinsamkeit des Grundgesetzes verweist. Aber selbst wenn alle diese Parallelgesellschaften es für sie als gültig anerkennt – was z.B. rechtgläubigen Muslimen nicht möglich wäre –, ist dieser Versuch einer Verharmlosung eine (Selbst?)Täuschung. Womöglich wird das Grundgesetz immer noch hochgelobt sein, aber man wird es anders „verstehen“, indem es nicht mehr im Verständnis des deutschen ordre public gelesen wird, jenem gesellschaftlichen, politischen und moralischen Grundkonsens, der der BR Deutschland vorausgeht, die Verfassung hervorgebracht hat, ihr Verständnis prägt und von dem dieser Staat abhängig ist.[2]

Stattdessen wird die Semantik seiner Begriffe verändert, nämlich der „wokeness“ folgend. Letzteres konnte man erleben, als der Bundestag schon vor rund 30 Jahren dem Begriff „Ehe“ – mit einfacher Mehrheit, also in jedem Falle grundgesetzwidrig – eine Bedeutung verlieh, die im Gegensatz steht zu der bei der Verkündung des Grundgesetzes verstandenen Bedeutung.

Warum also diese dem Volk als humanitäre Asylpolitik verkaufte Umvolkungspolitik? Tatsächlich ist diese Umvolkung ja nicht auf Deutschland beschränkt.

Sie findet in mehr oder weniger demselben Maße auch in anderen europäischen Ländern statt – also in von ihrem Anfang her christlichen Ländern mit einem maßgeblich christlich fundierten ordre public.

Mit anderen Worten: Es geht um die weitergehende Entchristlichung dieser Länder – wozu dann auch der Islam zur Hilfe genommen wird.

P.S. Dass maßgebliche Kreise der selbsternannten „demokratischen Parteien“ seit Jahren die Einführung eines „Menschenrechts“ auf Abtreibung betreiben, scheint unsere ach so menschenrechtlich bewegte polit-mediale Nomenklatura nicht zu kümmern – ungeachtet der Tatsache, dass das Bundesverfassungsgericht auch noch ungeborenen Menschen das grundgesetzliche Recht auf ihr Leben bestätigt.



[1] Olaf Scholz: „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“ Titelblatt DER SPIEGEL Nr. 43 vom 21.10.2023.

[2] Ernst-Wolfgang Böckenfördes treffendes Diktum: „Der freiheitliche, säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren versuchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückfallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“

Eine Demonstration für die Regierung oder Was ist denn Faschismus?

VON MARCUS SCHMIDT



Bild von Broadmark auf Pixabay

Das Wort Faschismus leitet sich vom lateinischen Wort fasces, das ein Bündel von Holzstäben bezeichnet, das typischerweise eine hervorstechende Axtklinge enthielt. Eine Gruppe der Gesellschaft bündelt sich also um

ein bestimmtes Argument herum und schließt diejenigen aus, die sich um dieses Argument nicht bündeln wollen.

Das ist Faschismus und hat erstmal mit rechts oder links

nichts zu tun, egal um welches Argument man sich bündelt. Dieser Bündlungsprozess bedeutet eine moralischen Schließung. Wir bündeln um dieses Argument herum. Z.B. Bei Corona mussten wir uns impfen lassen, um uns zu schützen.

Jetzt sind wir alle gegen Rechts, es gibt die Bündlung und alle die nicht mitmachen wollen sind draußen und isoliert.

Damit ist man am Übergang zwischen einer offenen Gesellschaft und einer geschlossenen Gemeinschaft.

Die Demokratie muss erodieren, da Demokratie eine offene Gesellschaft mit Meinungsfreiheit, Wissensfreiheit usw.

erfordert. Es gibt den Spruch, dass man in schlechter Gesellschaft

sein kann, aber nicht in schlechter Gemeinschaft, da man die Schlechten vorher ausgesondert hat.

Das genau ist der Prozess, in dem man z.B. die AfD, die WerteUnion oder auch die CSU einfach als rechts bezeichnet, um sie damit aus dem Kreis der „guten Gemeinschaft“ ausschließen zu können.

„Aufstand der Anständigen“ usw. Man bündelt sich um das Argument „rechts“ herum, ohne sich die Mühe zu machen den Begriff überhaupt irgendwie zu definieren.

Damit wollen sie die Demokratie retten, machen aber genau das Gegenteil, weil sie sich um ein Argument bündeln und damit erreichen wollen, dass bestimmte andere Gruppen ausgeschlossen

werden. Ein Diskurs ist keinesfalls erwünscht. Ein solcher Ausschluss ist de facto ein profaschistisches Element in einer Gesellschaft und und das geht ja inzwischen sogar so weit, dass man jetzt sogar z.B. den Entzug von Bürgerrechten, beispielsweise von Björn Höcke fordert, was komplett antidemokratisch ist.

Damit kann eine Demokratie keinesfalls gerettet werden. Das sind stattdessen klar faschistoide Züge.

Und unsere Regierung fördert mithilfe ihrer abhängigen Medien Protestaktionen gegen rechts, um angeblich die Demokratie zu retten.

Quellennachweis: <https://youtu.be/TROXJbfiYas>

Wieviele Geschlechter tummeln sich im DfB?

VON MARCUS SCHMIDT



Von Strichpunkt Agentur für visuelle Kommunikation GmbH - Deutscher Fußball-Bund, Logo, <https://de.wikipedia.org/w/index.php?curid=11224725>

Was es nicht alles gibt. Die Fußballfans von Bayer Leverkusen hielten im Auswärtsspiel bei den übertrieben gerne in regenbogenbunten Farben auftretenden ehemals grünweißen Bremern ein aus ihrer Sicht lustiges Spruchband entgegen, auf dem mit großen, auch im Fernsehen gut sichtbaren Buchstaben geschrieben stand: Der 🇩🇪 sagt: „Es gibt viele Musikrichtungen, aber nur 2 Geschlechter“ So etwas ruft dann sofort das DfB-Sportgericht auf den Plan, um diese ganz besonders grobe Unsportlichkeit zu ahnden, was dann zu folgender Feststellung führen muss.

Das gezeigte Banner ist diskriminierend im Sinne des § 9 Nrn. 2. Abs. 1, 3. DFB-Rechts- und Verfahrensordnung in Bezug auf die geschlechtliche bzw. sexuelle Identität.

Es verstößt damit in grober Weise gegen die der Satzung und den Ordnungen des DFB innewohnenden Wertordnung. In Paragraf 9 wird erläutert, warum es da kein Erbarmen geben kann:

Diskriminierung und ähnliche Tatbestände Wenn [Anhänger einer Mannschaft] die Menschenwürde einer Person oder einer Gruppe von Personen durch herabwürdigende, diskriminierende oder verunglimpfende Äußerungen oder Handlungen in Bezug auf Herkunft, Hautfarbe, Sprache, Religion, Behinderung, Alter, geschlechtliche oder sexuelle Identität verletzt oder sich auf andere Weise rassistisch und/oder menschenverachtend verhält, wird der betreffende Verein/Kapitalgesellschaft mit einer Geldstrafe von € 18 000,00 bis zu € 150 000,00 belegt [...].

Da Bayer 04 Leverkusen bisher noch nicht durch derartiges Fehlverhalten seiner Anhänger

in Erscheinung getreten ist, den Vorfall entschieden verurteilt hat und zudem angekündigt hat, diesen mit der eigenen Fanszene aufzuarbeiten, beantragt der DFB-Kontrollausschuss im summarischen Verfahren lediglich eine Geldstrafe Höhe von 18.000,- Euro. Verdient ist verdient - Zwinkersmilie.

Jemand, vermutlich aus dem rechtsextremistischen Lager, stellte dazu die mehr als ketzerische Frage in den Raum, warum der DfB nur Wettbewerbe für 2 Geschlechter anzubieten hat.

Ist das im Umkehrschluss nicht ebenso gegen die geschlechtliche oder sexuelle Identität gerichtet?

Aber es geht noch weiter, auch für den Deutschen Fußball Bund.

Nach der Strafe des DfB-Sportgerichts Richtung Bayer Leverkusen, die zwar nicht unbedingt von den Fans aber vom Verein gehorsamst entgegen-genommen wurde, legten die Anhänger von Dynamo Dresden den Finger erneut in die vom DfB selbst geöffnete Wunde.

Man solidarisiert sich mit den Leverkusen-Fans und skandiert

auf dem Spruchband im Spiel gegen den FC Ingolstadt Richtung DfB: „Es gibt nur einen lächerlichen DFB ... und zwei Geschlechter!“.

Nach sehr großem Zuspruch zu dieser Aktion in den sozialen Netzwerken legten auch die Fans von Energie Cottbus entsprechend nach. Im Spiel Viktoria Berlin war auf dem Banner zu lesen: „Es gibt nur zwei Geschlechter. Beide verachten den DFB.“

Dynamo Dresden als Verein kann im Gegensatz zu Bayer Leverkusen, das diesen Vorgang sogar noch, wie auch immer, mit ihren Fans „aufarbeiten“ will, durch den Protestspruch auf dem Banner keinerlei diskriminierendes Verhalten erkennen. Man erkennt lediglich eine Kritik an der Deutschen Fußball Liga insgesamt.

Hier ginge es auch um den möglichen Investoreneinstieg, aus Sicht der Fans zu Lasten des Sports und parallel dazu einer kritischen Beurteilung der Strafmaßnahme gegen Bayer Leverkusen.

Der DfB steht bei den Fans wegen eines geplanten Investoreneinstiegs in der Kritik, da die

Finanzen aus Sicht der Fans gegenüber dem Sport priorisiert werden. Die polarisierende Wortwahl auf dem Banner sei lt. Verein Dynamo Dresden dabei vorrangig ein Stilmittel, um Aufmerksamkeit zu generieren.

Hat der DfB da jetzt etwas losgetreten, was als Boomerang zurückkommen könnte. Man unterhält in den Wettbewerben Teams für zwei Geschlechter, Herren und Damen und muss ohne große Not trotzdem negieren, dass es nur zwei Geschlechter gibt. So argumentieren die Kritiker dieser Strafen.

Der DfB solle sich um seine originären Aufgaben kümmern, seine Spieler nicht aus politischen Gründen hinknien lassen, den Mittelkreis des Spielfeldes nicht instrumentalisieren, keine bunten Queer-Fahnen aufhängen, keine Selbstverständlichkeiten wie „wir sind gegen Rassismus“ nachdrücklich immer wieder einfordern und so weiter.

Unter dem Strich: Der DfB sollte sich gefälligst grundsätzlich aus der politischen Ideologien heraushalten und den Sport fördern.

Was die etablierten Parteien schon immer gemacht haben, soll bei der AfD verhindert werden

EIN KOMMENTAR VON BODO WERNCKE



Bild von © Gerd Altmann auf Pixabay

Was die etablierten Parteien von Verfassungsschutz und schon immer gemacht haben, soll bei der AfD verhindert werden

Die Bildzeitung berichtet am 30.01.2024, dass Verfassungsexperte Professor Volker Boehme-Neßler (61) von der Universität Oldenburg sagte, dass politische Beamte in der Verwaltung, also insbesondere Staatssekretäre und Abteilungsleiter in den Ministerien aber auch Generale und Admirale der Bundeswehr ohne Begründung ausgetauscht werden könnten. Auch unliebsame Präsidenten

„Mit Justiz und Verwaltung hätte die AfD schon große Bereiche, die sie gestalten könnte“, so der erfahrene Jurist. Dieser Austausch hätte drastische politische Folgen.

Verfassungsrechtler Josef Lindner (53) von der Universität Augsburg zu BILD: „Eine AfD-geführte Bundes- oder Landesregierung könnte alle politischen Beamte durch eigene

Leute ersetzen.“

1) Wenn man dringend „neue“ Gesetze braucht, weil die AfD die bestehenden Gesetze zu ihren Gunsten „missbrauchen“ könnte – und zwar nach der „Machtübernahme“! –, dann müssen die bestehenden Gesetze doch den etablierten Parteien auch jetzt schon dieselbe Möglichkeit bieten! Und das ist völlig unproblematisch???

2) Kann man etwa davon ausgehen, dass ein solcher „Missbrauch“ zurzeit ausgeschlossen ist?

Wohl kaum. Man denke nur an die Entlassung von Hans-Georg Maaßen als Präsident des Verfassungsschutzes unter Angela Merkel. Oder an den Fall des Staatssekretärs von Habecks Gnaden, Patrick Graichen, der „im Wirtschaftsministerium ein Vetterwirtschaft-Netz gesponnen und so maßgeblich Einfluss auf die Energiepolitik genommen“ hat.

3) Außerdem sollten hochrangige Juristen darum wissen, was im Wahlprogramm der AfD zu den Staatssekretären zu lesen ist: „Die Institution der parlamentarischen Staatssekretäre ist

abzuschaffen. [!!!] Dies gilt auch für das Institut der „politischen Beamten“ in der Staatsverwaltung – vom Ministerialdirektor bis zum Polizeipräsidenten. Die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung haben unabhängig [von Parteien] und loyal ihren Dienst zu verrichten.“

4) Und auch die folgende Forderung kann man kaum ernst nehmen: „Demnach dürfte nur als politischer Beamte ernannt werden, wer dazu nach Eignung und Leistung qualifiziert sei „und über eine hinreichende Erfahrung in dem Bereich verfügt“.

Da dürfte es aber für die Ampelmänner und Ampelfrauen durchaus eng werden; denn selbst auf Ministerebene ist ein Mangel an fachlicher Qualifikation zu beklagen. Das kommt sogar auch im Artikel zur Sprache!

5) Und auch dazu ein Blick in das Programm der AfD, wo es heißt: „Beamten- und Richterstellen sind ausschließlich nach Qualifikation zu besetzen.“

Die „Parteibuchwirtschaft“ muss beendet werden. Grundsätze der

fachlichen Eignung und beruflichen Qualifikation haben auch für das Spitzenpersonal des Staates in den Kabinetten zu gelten. Parteipolitische Karrieren können fachliche Defizite nicht ausgleichen.“

Merke: Es wird publikumswirksam (?) gegen die AfD gefordert, was die AfD längst in ihrem Programm gegen die etablierten Parteien gefordert hat!!! Das ist eigentlich unglaublich unseriös.

6) Für unseriös und absolut grenzwertig hält es der Kommentator auch, dass im BILD-Artikel von der „Machtübernahme der AfD“ gesprochen wird.

Warum? Weil es bei sehr vielen Menschen wohl (gewollt?) die Assoziation zum Begriff der „Machtergreifung“ weckt.

Würde bei Björn Höcke nicht sofort unterstellt werden, dass er nicht von der „Machtübernahme“ träumt, sondern – als Nazi – von der „Machtergreifung“?

[1] <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/es-geht-um-die-spitzenposten-im-land-experte-fordert-neues-gesetz-gegen-die-afd-86953000.bild.html>

06 | Gesellschaft

Theodor Gottlieb Hippel war der erste Feminist

VON BORIS VOLKOV



Bild von © Victoria auf Pixabay

Theodor Gottlieb Hippel (1741 – 1796) kam aus Ostpreußen und war als Politiker und Sozialkritiker im Königsberger Stadtrat tätig. Er war Zeitgenosse von Immanuel Kant, dem Philosophen in Königsberg und man traf sich regelmäßig in den philosophischen Salons, wie das damals so üblich war.

Die Französische Revolution 1789 In Deutschland nahm sich Hippel

rückte die Menschenrechte, insbesondere Freiheit und Gleichheit für den Bürger, in den Mittelpunkt politischen und gesellschaftlichen Strebens. Davon war auch die Rolle der Frau in der Familie, als kleinste Keimzelle einer Gesellschaft, betroffen.

dieser Frage an, damit war er der erste Feminist der Aufklärung. Er schrieb 1792 seine Abhandlung zum Thema „Über die bürgerliche Verbesserung der Weiber“.

Darin hebt er hervor, dass Bildung der entscheidende Faktor für eine Gleichberechtigung der Frauen sei. Er betont, dass Vielweiberei die Unterdrückung der Frauen zementiere (die Franzosen hätten gerne Vielweiberei gehabt). Und er konstatiert eine gewisse Angst des Mannes vor der Beherrschung durch die Frauen. Hippel denkt mit diesen Forderungen an die kommenden Generationen.

Hippel forderte gleiche Bildung und Berufstätigkeiten für die Frauen. Den Frauen sollten die Männer „Cabinette, Hörsäle, Comptoire und Werkstätten“ nicht vorenthalten. Kinder kommen in seinen Betrachtungen nicht vor, die Pädagogik ist auch erst ca. 200 Jahre alt und begann sich damals also erst zu entwickeln.

Die Suffragetten konnten auf dieser Basis etwa ab 1850 für die Mitbestimmung und die Teilnahme der Frauen an Wahlen ihre Arbeit für die Gleichberechtigung der Frauen zumindest in Europa beginnen (das Wahlrecht für Frauen gab es in der Schweiz erst ab 1971). In den 60er Jahren des 20.

Jahrhunderts kamen Themen wie Verhütung, Abtreibung, Versorgungsausgleich in die Öffentlichkeit und zur Diskussion. Heute gipfeln die Bemühungen um die Gleichberechtigung der Frauen im Gender-Feminismus und es werden Vieles unter der muslimischen Bevölkerung in Europa „geduldet“.

In Deutschland heißt das, dass das Kindergeld für den Mann von vielen Frauen bei anzunehmender entsprechender Kinderzahl reichlich fließt und Zweitfrauen dürfen im Familiennachzug wie selbstverständlich einreisen, ein Geschäftsmodell?

Auf diese Weisen werden die vorgenannten „Errungen-schaften“ für eine funktionierende Gesellschaft zerstört. Wofür haben dann die mutigen Frauen von einst gekämpft?

Wo sind die Schwestern von Alice Schwarzer heute? Wo bleibt der Aufschrei in unserem Land?



Bild - Theodor Gottlieb Hippel © wikimedia.org

Ist „Elite“ der richtige Begriff?

VON PETER BERGHOF

Wenn wir über führende Politiker oder Firmenlenker sprechen, werden diese meist als Elite bezeichnet. Damit einhergehend wird oft eine Krise der Eliten formuliert. Aber ist Elite für die aktuell an den Schalthebeln der Macht Sitzenden wirklich der richtige Begriff?

Denn eigentlich beschreibt er hochgradig motivierte und kompetente Menschen einer Gesellschaft, die durch ihre Leistung oder ihr Wissen in wesentliche Entscheidungspositionen kommen und die Gesellschaft damit stark beeinflussen.

Klar ist, dass wir über Entscheidungsträger sprechen. Aber besetzen sie ihre Position auch aufgrund von Leistung oder Wissen? Mit dieser Eigenschaft können immer weniger Menschen zumindest in wichtigen politischen Ämtern glänzen. Ohne Bildungsabschluss und Arbeitserfahrung in den Bundestag gehen wird immer mehr zur Regel. Dass Menschen ohne Wissen

und Leistungsbereitschaft hier eine gute Arbeit machen können, ist eher unwahrscheinlich.

Die Deindustrialisierung Deutschlands, die Übersterblichkeit infolge unsachgemäßer Coronamaßnahmen, die gesellschaftliche Destabilisierung infolge illegaler Massenmigration oder der Bildungsschwund durch ideologisierte Schulen und Universitäten sind Ausdruck dieser Inkompetenz.

In ihrem Umfeld brauchen diese Menschen Abhängige, die sie nicht infrage stellen. Somit werden auch auf administrativer Ebene Mitläufer gefördert. Die Entlassung Hans Georg Maaßens durch Angela Merkel oder Arne Schönborns durch Nancy Faeser sind Beispiele dieser Negativselektion. Das Resultat ist eine Verwaltung, die nach den Wünschen der Eliten handelt. Die Verbände und Wirtschaftslenker können sich ebenso wenig rühmen, Kompetenz und Leistung für die Gesellschaft

bereitzustellen, tragen sie doch alle Maßnahmen des wirtschaftlichen Niedergangs mit, solange sie ausreichend Subventionen bekommen.

Ebenso schlecht sieht es um die Loyalität aus, die aktuelle Entscheidungsträger jenen entgegenbringen, in deren Sinne sie gesamtgesellschaftlich handeln sollten. Ihre Loyalität liegt nur allzu oft bei übergeordneten Institutionen oder Organisationen wie der EU oder der WHO. Kaderschmieden wie das World Economic Forum nehmen dabei eine unrühmliche Rolle ein und verfolgen mitunter eine eigene Agenda. Annalena Baerbock, Emmanuel Macron, Jens Spahn, Karl-Theodor zu Guttenberg oder Guido Westerwelle sind zum Beispiel Sprösslinge des WEF.

Es gibt also berechtigte Zweifel, dass Elite der passende Begriff für die aktuellen Staats- und Wirtschaftslenker ist. Establishment mag es besser treffen. Ich tendiere aber zu Herrschaftskaste, weil es ihren selbstherrlichen Machtanspruch besser widerspiegelt.

Zur Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften

VON EMIL HOFER

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) stellt in seinen Urteilen vom 27. Mai 2019 fest, dass deutsche Staatsanwaltschaften nicht hinreichend unabhängig gegenüber der Exekutive sind.

Der Deutsche Richterbund hat die Justizminister von Bund und Ländern aufgefordert, sich endlich vom Weisungsrecht zu Ermittlungen der Staatsanwaltschaften zu verabschieden und ihre aus dem vorletzten Jahrhundert stammenden Durchgriffsrechte auf konkrete Ermittlungen der Staatsanwaltschaften aufzugeben.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, unterstreicht diese Übernahme einer bereits älteren AfD-Forderung und macht deutlich, dass es sich dabei um einen der wichtigsten Bausteine zur Entpolitisierung der Justiz handle. „Es ist ein Gebot der Gewaltenteilung, die Entpolitisierung der Justiz voranzutreiben. Die aktuellen

Zustände in Deutschland, insbesondere die weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften, sind eines modernen Rechtsstaats nicht würdig. Die Alternative für Deutschland hat in der Vergangenheit bereits eine Vielzahl von Vorschlägen zur Entflechtung von Politik und Justiz zur Stärkung des Rechtsstaats vorgelegt, auch zur jetzigen Forderung des DRB, die schon umgesetzt sein könnte, hätten die anderen zugestimmt.

Wir werden auch zukünftig nicht müde, wichtige rechtspolitische Vorhaben voranzutreiben.“

Während die EU und die deutsche Regierung nicht müde werden, der polnischen Regierung aus genau den gleichen Gründen einen Mangel an Demokratie vorzuwerfen, werden diese Tatsachen beschwiegen.

Die traurigen Medien des Mainstreams und andere linke Medien enthalten sich ebenfalls eisern der Kritik an der undemokratischen deutschen Situation.

Demokratie – Verständnis

VON PETER BERGHOF

Es ist schon eine Weile her, dass der erste AfD-Landrat im thüringischen Sonneberg gewählt wurde. Die daraufhin aufflammende Diskussion, was als demokratisch gilt, zeigt ein fragwürdiges Demokratieverständnis der aktuell Regierenden.

Demokratie, also die Herrschaft des Volkes, bezeichnet eine

Regierungsform, in der das Volk über Wahlen seinen Willen ausdrückt und die Regierenden diesen dann über Gesetze und Verordnungen umsetzt.

Deshalb irritiert die nach der Landratswahl verbreitete Aussage, dass sich diesem Volkswillen alle demokratischen Kräfte entgegenstellen müssen, erheblich.

Dass politische Kräfte

üblicherweise mit abweichenden Wahlergebnissen hadern und ihre eigenen Positionen in den Vordergrund stellen, ist nachzuvollziehbar.

Dass sie aber ihre eigenen Positionen als die einzig demokratischen und damit alle davon abweichenden als undemokratisch bezeichnen, ist schon ein starkes Stück.

Es widerspricht nicht nur dem Konzept der Demokratie, es missachtet auch den Willen der Bevölkerung und ist auch eine Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung.

Denn der dahinterliegende Anspruch würde die Entscheidungsebenen verkehren. Nämlich nicht die Politik ist für die Umsetzung des Volkswillens

da, sondern das Volk hat den Willen der Regierenden zu unterstützen. Und in der Tat scheint in der jüngeren Geschichte unseres Landes dieser Anspruch der politischen Kaste vorzuherrschen.

Jedenfalls drängt sich einem dieser Eindruck auf. Aktuell scheint es also nicht weit her mit unserer Demokratie.

Sozialisten lügen, sowohl Rote, Braune als auch Grüne

VON PETER BERGHOF



Dass Sozialisten lügen, ist nicht nur ein Phänomen der heutigen Zeit. Es ist eine ihrer Ideologie innewohnenden Eigenschaft. Bei Sozialisten ist die Lüge Teil ihres Weltbildes. „Das Bewusstsein bestimmt das Sein“, so die mit der 68er Bewegung verbundene „Frankfurter Schule“ mit Adorno, Habermas, Honneth, Jaeggi. Übersetzt heißt das: „Will man einen gesellschaftlichen Zustand ändern, muss man das Bewusstsein der Menschen entsprechend beeinflussen.“ Dazu muss man die zur Verfügung stehenden Informationen steuern. Die Manipulation von Informationen ist somit integraler Bestandteil sozialistischen Handelns. Das erklärt auch, warum diese Ideologie sich so stark auf den Bildungssektor konzentriert. Kinder und Jugendliche sind nur schlecht gegen Manipulationen gefeit, weil sie den mitgeteilten Informationen noch keine eigenen Erfahrungen entgegenstellen können. Deshalb begann der „Marsch durch die Institutionen“ (Rudi Dutschke), mit dem „es gelingen soll(e), das herrschende politische System zu zerstören oder auf grundlegende Weise zu verändern“, im Bildungssektor. Die Auswirkungen

sehen wir heute in Institutionen, die sich eher dem Grünen Sozialismus verpflichtet fühlen, als ihren originären Aufgaben. Seien es die Schulen und Kindergärten, die vorausseilend einer Frühsexualisierung im Sinne der LGBTQ-Bewegung zuarbeiten, die Polizei, die die Kriminalitätsstatistik im Sinne einer multikulturellen Gesellschaft beeinflusst oder die Rechtsprechung, die teils schwere Grundrechtsmissbräuche während der Coronazeit ungestraft lässt.

Besonders deutlich wird die Strategie der gesellschaftlichen Beeinflussung in der aktuellen Gender-Debatte um die Anzahl der Geschlechter. Das es beim Menschen zwei Geschlechter gibt, die über das X- bzw. Y-Chromosom definiert sind, ist eigentlich unbestritten. Dennoch wird ein massiver gesellschaftlicher Druck ausgeübt, das biologische Geschlecht als frei wählbar anzusehen. Widersprechenden Informationen wird dabei mit massivem Druck begegnet. So bekommen Dozenten mit abweichendem Lehrinhalt mitunter Auftrittsverbote, wie in der Berliner Humboldt-Universität am 2. Juli 2022 geschehen.

Dieses Beispiel verdeutlicht, wie stark Sozialisten auch physische Gesetzmäßigkeiten durch die Beeinflussung des Bewusstseins steuern möchten. Kein Wunder also, dass diese Strategie erst recht bei komplexen wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Sachverhalten eingesetzt wird. Nun ändert aber noch so großer gesellschaftlicher Druck nichts an den fundamentalen Mechanismen des Seins, seien sie physikalischer, biologischer oder gesellschaftlicher Natur. Lösungsansätze, die diese fundamentalen Mechanismen ignorieren, sind zum Scheitern verurteilt. Eine Abkehr des Grünen Sozialismus von der Strategie der Beeinflussung des Bewusstseins ist jedoch nicht auszumachen, denn es würde die gesamte Ideologie infrage stellen. Das hat der Grüne Sozialismus übrigens mit dem Roten Sozialismus der DDR gemeinsam. Dieser hatte in den 1960er Jahren erfolgversprechende marktwirtschaftliche Reformen zu Gunsten einer marxistischen Planwirtschaft rückgängig gemacht. Das Ergebnis ist bekannt. Eine sachbezogene Realpolitik zum Wohl der Menschen ist im Grünen Sozialismus somit nicht möglich.

Die Herrschaft der Dummen

VON JOHN KERRY

Jetzt ist es klar! Die Berliner Zeitung vom 06.07.2023 hat es herausgefunden: Studie: Erderwärmung lässt offenbar unsere Gehirne schrumpfen! Dies trifft mit großer Wahrscheinlichkeit auf die Journalisten der Berliner Zeitung zu, und jene, die diese Zeitung treu lesen. Häufig ist es so, dass in jedem Unsinn auch ein Fünkchen Wahrheit steckt. Es ist zwar nicht der Klimawandel der daran schuld ist, dass die Durchschnittsintelligenz in Deutschland sinkt, aber schon 2019 haben Forscher wie Jakob Pietschnig der Wiener Universität herausgefunden, welche Gründe das hat, nachzulesen im Spiegel-Artikel vom 23.07.2019: Die in Deutschland und anderen Industriestaaten gemessene Intelligenz sinkt.

Erstmals festgestellt habe man den sinkenden IQ des Durchschnitts-Europäers 2015. So setze sich unser IQ-Wert aus unterschiedlichen Teildisziplinen zusammen – dazu zählen etwa Wortschatz, mathematisches Verständnis, räumliches Vorstellungsvermögen, Gedächtnisleistung. In Summe ergeben sie unsere Gesamtintelligenz. Doch ist es offenbar so, dass die Leistungen in den verschiedenen Disziplinen immer stärker auseinanderdriften. „Weil wir sie unterschiedlich intensiv trainieren“, wie der Intelligenzforscher sagt. „Es findet eine immer größere Spezialisierung statt.“ Generalisten haben in gewisser Weise ausgedient.

Man kann also heute ein guter Kinderbuchautor sein, oder hervorragend Trampolin springen, oder blitzschnell am Handy daddeln, aber der Rest der Intelligenz bleibt unterentwickelt. Früher nannte man das Fachidioten, aber da das eine Beleidigung ist, sollte man das anders ausdrücken. Fatal für unsere Gesellschaft ist nun nicht die allgemeine Verdummung und das Absinken des Bildungsniveaus, sondern ein anderer Zusammenhang: „Der

Klügere gibt nach.“ Bertrand Russel, einer der Väter der analytischen Philosophie sagte es etwas anders: „Es ist ein Jammer, daß die Dummköpfe so selbstsicher sind und die Klugen so voller Zweifel.“ Diese Umstände führten in den letzten Jahrzehnten dazu, dass die minder Bemittelten immer weiter aufsteigen konnten, und die Klugen das Feld räumten und sich anderen Gebieten zuwandten. Dazu kommt noch, dass die Dummen instinktiv zusammenhalten, weil sie spüren, dass sie unterlegen sind, und nur durch die Bildung einer Mehrheit (vor Allem in einer Demokratie) den Gescheiten ihren Unsinn aufzwingen können, und jene sich immer weiter zurückziehen. Viele Phänomene in unserer Gesellschaft deuten darauf hin. Das Gendern interessiert im Grunde niemanden, außer einer kleinen Gruppe, der es gelang, in Deutschland, Österreich und der Schweiz 223 Gender-Professuren zu errichten, und damit noch eine viel größere Gruppe zu alimentieren, die für sonst kaum etwas zu gebrauchen sind.

Es gibt immer wieder unverschämte Versuche der Frühsexualisierung der Kinder und Kleinkinder von interessierten Gruppen, was die überwiegende Mehrheit der Bürger ablehnen, aber immer wieder von falsch besetzten Ministerien oder Verwaltungsstellen unterstützt wird. Der Christopher-Street-Day, gegründet in den 70-er Jahren in Chicago, erfreut sich immer breiteren Zulaufs, komische Gestalten, die offensichtlich nichts Besseres zu tun haben, übertreffen sich gegenseitig in schamloser Zur-Schau-Stellung, zeigen ihre Genitalien, als wenn das irgendjemanden interessieren würde.

Sigmund Freud, der Begründer der Psychoanalyse, hat schon früh erkannt, welche Gründe das hat, indem er schrieb: „Der Verlust der Scham ist ein sicheres Zeichen für beginnenden Schwachsinn.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Kann man westlichen Regierungen noch vertrauen?

VON JOHN KERRY

Niemand kann beurteilen, ob die unzähligen Nachrichten der Medien und die Reden der Politiker der Wahrheit entsprechen, oder ob Teile davon beziehungsweise alles nicht der Realität entspricht. Zu viele gegensätzliche Meldungen hören wir tagein tagaus und dann noch das Problem, dass es die wirkliche Wahrheit häufig gar nicht gibt.

Wir kennen das Problem, dass drei Beobachter einer Szene, danach befragt, oft völlig unterschiedliche Wahrnehmungen haben. Weite Teile dessen, was unsere Meinung am Ende bildet, sind deshalb nicht unbedingt belegbar, und trotzdem sind wir fest davon überzeugt. Das bedeutet, dass der Großteil dessen, was wir unsere Meinung nennen, dadurch gebildet wird,

dass wir den Aussagen bestimmter Menschen vertrauen. Schwindet dieses Vertrauen durch Missbrauch, Unwahrheiten oder zweifelhafte Aussagen, dann beginnen wir, andere vertrauenswürdige Quellen zu suchen.

Westliche Regierungen haben mit ihren Versuchen, die Kontrolle über meinungsbildende Erzählungen zu übernehmen, das Vertrauen der Öffentlichkeit ruiniert. Die Pandemie hatte eine politisch erschöpfende Wirkung, die auch mit einem holprigen Übergang zurück ins "echte" Leben einherging.

Die Medien veröffentlichen immer längere Listen von neuen Corona-Viren und möchten dadurch ihre Sachkompetenz untermauern, nur, es interessiert

niemanden mehr. Und je lauter und eindringlicher diese Veröffentlichungen sind, umso mehr Zweifel erzeugen Sie. Diese Zweifel gehen dann auch auf völlig andere Themen über, wo der Empfänger der einseitigen Botschaften sich plötzlich bedrängt fühlt und Auswege sucht.

Die Freiheit der sozialen Medien hat bei den Ergebnissen, die die Eliten schockierten, eine entscheidende Rolle gespielt – wenn nicht gar verursacht –, sei es die Wahl von Donald Trump in den USA oder der Brexit in Großbritannien. In der Folge haben die herrschenden Klassen im Westen die Zensur und narrative Überwachung auf Social-Media-Plattformen verstärkt, indem sie Standpunkte, die ihnen nicht gefallen, als "Fehlinformationen"

oder sogar als böswillige Propaganda ausländischer Akteure, wie China oder Russland anprangern. In der COVID-19-Pandemie wurden wir somit Zeugen einer der umfassendsten Zensurkampagnen, die westliche Regierungen jemals durchgeführt haben – zumindest bis vor dem Ukraine-Konflikt.

Es ist heute unklar, ob die Covid19-Impfstoffe wirklich Leben gerettet haben – die Sterblichkeitsstatistiken geben dafür keinen gesicherten Nachweis. Aber die Art und Weise, wie diese Angelegenheit von den Regierungen gehandhabt wurde, hat zu einem umfassenden Misstrauen gegenüber den Autoritäten geführt. Das liegt nicht daran, dass Impfstoffe per se "schlecht" sind, sondern daran, dass die

Menschen verstanden haben, das große Pharmakonzerne gigantische Gewinne einstrichen, sie verstanden, warum und wie aggressiv ihre Regierungen auf die Einführung dieser Impfstoffe drängten. Sie wurden skeptisch, ob das Ganze wirklich dem "öffentlichen Interesse" diene.

Mit anderen Worten: Die Methode von Propaganda und Zensur, haben das Ziel – die Einführung von Impfstoffen zur Rettung von Leben – zunichte gemacht.

Die Pandemie und der Ukraine-Konflikt zusammen markierten einen Teil eines Wandels, bei dem westliche Staaten versuchten, die im Zeitalter der sozialen Medien verlorene Macht zurückzugewinnen, dabei jedoch nur den gegenteiligen Effekt erzielten.

Normen und Werte auf der Bühne Gewalt und Zwang im Zuschauerraum

VON PETER BERGHOFF

Nur hartgesottene Ideologen würden bestreiten, dass in der deutschen Gesellschaft etwas aus dem Ruder gelaufen ist. Demokratie, Meinungsfreiheit, Wohlstand und friedliches Zusammenleben werden in den vorgegebenen Narrativen zwar ständig wiederholt. In der Realität verlieren diese Gesellschaftsziele aber zunehmend an Substanz. Warum wirken Sozialpsychologen dieser Entwicklung nicht entgegen?

Laut einem Artikel von Prof. Dr. Renate Köcher stimmten bereits 2019 mehr als 60 % der Befragten zu, dass es Tabus gebe, über die nicht gesprochen werden dürfe.

Der offene und sachliche Diskurs ist aber das, was unserer Gesellschaft Demokratie und damit auch Zusammenhalt und Wohlstand gebracht hat. Die zunehmende Unzufriedenheit in der Bevölkerung ist nicht nur nachzuvollziehen, sondern muss auch für die Zukunft verstärkt erwartet werden.

Viele sprechen von der Spaltung der Gesellschaft. Schulkriminalität, Silvesterkrawalle, Schwimmbad-krawalle und Klimaextremismus lassen den Eindruck entstehen, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis dass die Fliehkräfte ihre volle Wirkung entfalten.

Im Gegensatz zu dieser Entwicklung betonen die „Diskurs lenkenden Medien“ und Parteien unermüdlich

vorgebliche Werte und Normen als Entscheidungsgrundlage ihres Handelns. Hier besteht also ein Widerspruch zwischen formulierten Zielen und der von den Menschen wahrgenommenen Realität. Auch das bleibt beim Bürger zu guter Letzt nicht unbemerkt und sorgt für Unzufriedenheit.

Die von den Entscheidungsträgern vorgebrachten Werte halten aber einer sachlichen Prüfung nicht Stand. Denn Voraussetzung für normative Aussagen ist zum einen deren objektive Herleitung aus einem für die Gesellschaft gültigen Wertekanon und zum anderen deren unparteiische Anwendung im konkreten Fall.

So wird als Argument für die Massenmigration wahlweise das individuelle Recht auf Asyl, der Fachkräftemangel, die Rettung von Seenotopfern unsere geringe Geburtenrate oder die Armut in anderen Teilen der Welt herangezogen.

Die moralische Herleitung für diese Maßnahme muss also eher als wahllos denn als objektiv bezeichnet werden. Dass sich die daraus ergebenden Schlussfolgerungen zusätzlich widersprechen, scheint irrelevant. So bleibt trotz den laut Statistischem Bundesamt seit 2015 12 Millionen Eingewanderten der Fachkräftemangel ungelöst. Dennoch bleibt die Forderungen nach Zuwanderung erhalten.

Auch um die zweite Voraussetzung für wertebasiertes Handeln, der objektiven und unabhängigen Bewertung des Einzelfalls, ist es schlecht bestellt. Beispielhaft dafür sind die widersprüchlichen Positionen Robert Habecks zur Rolle der Kernkraft in Deutschland gegenüber jener in der Ukraine. In Deutschland trotz explodierender Strompreise und ausgerufenem CO2-Notstand geächtet, wird diese Technologie in der Ukraine akzeptiert, weil sie halt da ist.

Weder Objektivität in der Herleitung noch Unabhängigkeit bei der Bewertung sind somit bei den derzeitigen Akteuren zu beobachten. Insofern muss bei ihren normativen Vorgaben von Pseudowerten gesprochen werden, die eher als Druckmittel zur Umsetzung ihrer Agenda gegenüber der Bevölkerung dienen.

Dazu passender scheint ein Gerechtigkeitsansatz, der immer stärker die Zuordnung von Ressourcen nach Gruppenzugehörigkeit propagiert. Angefangen bei der Frauenquote mit der Vergabe von meist gut bezahlten Stellen bis hin zur ethnischen Zugehörigkeit bei der Verteilung von Posten. Die sexuelle Ausrichtung ist vor dem Hintergrund der LGBTQ-Bewegung die jüngste Gruppe, die teils massiv gefördert wird.

Die Gesellschaft wird somit in „gute“ und „böse“ Gruppen aufgeteilt und deren

Unterstützung oder Unterdrückung dementsprechend gerechtfertigt. Die Belange des normalen Bürgers finden in diesem Rahmen kein Gehör. Es scheint nicht um die Weiterentwicklung einer deutschen Kultur zu gehen, sondern eher um die Verdrängung ihrer historisch gewachsenen Normen und Traditionen. Auch dies ist Ursache für die zunehmende Unzufriedenheit der Bürger.

Um ihre Agenda dennoch umzusetzen, wendet das politische und mediale Establishment immer stärkere Restriktionen an und oktroyiert damit ihre Entscheidungen der Bevölkerung nicht nur durch soziale Ausgrenzung auf, sondern die etablierten Institutionen unterstützen diesen Prozess durch (Um-)Interpretation bestehender Normen.

Diese Situation führt zur Ausblendung all jener Argumente, die nicht der vorgegebenen Doktrin entsprechen. Kein Wunder also, dass ohne konstruktive Diskussion die Lösungsansätze dysfunktional werden.

Die Abschaltung der CO2-neutralen Kernkraftwerke bei ausgerufenem CO2-Notstand ist ein typisches Beispiel dieser Dysfunktionalität.

Hier hat neben der Wirtschaft vor allem auch die Wissenschaft als korrigierende Kraft versagt.

Vor diesem „Multiorganversagen“ deutscher Institutionen stellt sich die Frage, warum sich der Bürger trotz Unzufriedenheit nicht stärker für seine Belange einsetzt.

Offensichtlich behalten die Deutschen ihren Glauben an die Institutionen selbst in der Vorahnung einer heranrückenden Katastrophe.

Warum also läuft der heutige Deutsche mit? Warum löst er nicht in Anbetracht der zu erwartenden Schäden die Probleme, wie es vergangene Generationen taten?

Für ein rationales und motivationsgesteuertes Wesen erscheint das widersprüchlich. Eine Situationsanalyse scheint aber Hinweise zu geben, dass hier neben äußerem Druck auch innere sozialpsychologische Mechanismen wirken. Insbesondere die Globalisierung eigener Wertvorstellungen sowie die Zuordnung von Ressourcen nach Gruppenzugehörigkeit scheint über solche Mechanismen erklärbar zu sein.

Angesichts des Ausmaßes an gesellschaftlicher Erosion und Dysfunktionalität ist es dringend notwendig, diese Mechanismen wissenschaftlich zu untersuchen, wollen wir den in der Vergangenheit bereits mehrfach durchlaufenen Weg von Sozialismus, Gewaltherrschaft und weiterem Abstieg durchbrechen.

Wann emanzipieren sich die Deutschen vom Schuld-Kult?

VON PETER BERGHOFF

Die Vorbildfunktion und die „besondere Verantwortung Deutschlands“ scheint der Nasenring zu sein, mit dem man die Deutschen selbst im letzten Gemeinderat zu amoralischsten weil unsachlichen, wirkungslosen und dysfunktionalen Entscheidungen bringen kann.

Dabei sollte ein Vorbild eigentlich durch besonders kluge und weise Handlungen andere dazu ermutigen, ebenso zu handeln.

Das Vorbild berücksichtigt dabei gesellschaftliche Werte und nicht nur den Eigennutz. Die damit verbundene gesellschaftliche Reputation oder besser der hierarchische Status ist damit der Lohn, der statt finanzieller Mittel als Gegenleistung winkt.

Diese Sehnsucht nach hierarchischem Status scheint es zu sein, der die Deutschen besonders empfänglich für moralische Vorwürfe werden lässt.

Kaum verwendet jemand den Nazi-Vorwurf, wird ein rationales Hinterfragen ausgeblendet. Hat derjenige dabei die Berück-

sichtigung deutscher Interessen gegenüber jenen anderer Nationen geäußert, gilt das quasi schon als Schuldeingeständnis. Man darf somit seinem Kontrahenten jeglichen propagandistischen, sachlichen oder auch physischen Schaden zufügen. Die Corona Zeit macht dieses sehr anschaulich, denn immer deutlicher werden die Schäden an der Volksgesundheit, die die mit dem Nazi-Vorwurf umgesetzten Maßnahmen hervorgerufen haben.

Mit dem Argument, die Deutschen vor einer Infektion zu schützen, wurden ihnen mittels gesellschaftlichem Druck eben gerade jener gesundheitliche Schaden zugefügt.

Die Übersterblichkeit, der Geburtenrückgang und der erhöhte Krankenstand sind deren Folge. Langzeitauswirkungen sind dabei nicht berücksichtigt.

Besonders prekär ist, dass sich jene, die den Nazi-Vorwurf besonders betonten, jetzt weigern, die objektiv gemachten Fehler anzuerkennen und aufzuarbeiten. Um solchen

Vorwürfen zu entgehen, lassen sich Menschen, die hierarchischen Status anstreben, zu Handlungen verleiten, die nicht nur völlig gegen ihre Interesse stehen, sondern die auch hochgradig amoralisch sind.

Konsequenterweise werden gerade irrationale, willkürlich oder amoralische Ziele mit der Strategie der moralischen Ausnutzung durchgesetzt.

Das betrifft die ungebremste Einwanderung, die nicht nur die deutsche Gesellschaft zerstören wird, die kritiklose Unterstützung des vermeidbaren Ukrainekriegs oder die zielfreie Finanzierung anderer Nationen als Wiedergutmachung imperialistischer Schuld.

All diese Strategien, die keiner sachlichen Bewertung standhalten würden, werden durch Viele im Brustton der Überzeugung und der Gewissheit des Gutmenschentums nicht nur vertreten, sondern bis aufs Messer als Handlungsmaxime allen anderen aufgezwungen. Gerechtigkeitstheoretische Argumente für solch ein Handeln

gibt es jedenfalls nicht. So können aktuelle Wertevorstellungen nicht in die Vergangenheit übertragen werden. So, wie man schlecht für ein erst im Nachhinein aufgestelltes Verkehrsschild belangt werden kann, können heutige Normen und Handlungsvorgaben auf frühere Epochen übertragen werden.

Das „Tätervolk“ ist also ein Konstrukt jener, die ihre eigenen Interessen entgegen denen der Bevölkerung durchsetzen wollen. Genauso wenig kann eine Erbschuld auf zukünftige Generationen übertragen werden. Jeder muss sich nach den derzeitigen Regeln und Werten der eigenen Gesellschaft richten und bei deren Missachtung die Konsequenzen tragen.

Diese auf kommende Generationen zu übertragen hat keine gerechtigkeitstheoretische Grundlage.

Statt dessen muss man feststellen, dass gerade jene, die die besondere Verantwortung Deutschlands besonders betonen, die Aufarbeitung der eigenen

Verantwortung in der Corona-Zeit behindern.

Ebenso wenig ist man für die Handlungen anderer Verantwortlich. Jeder muss sein eigenes Handeln rechtfertigen, kann aber nicht für das Handeln anderer verantwortlich gemacht werden. Somit ist auch der Vorwurf der Kollektivschuld nicht haltbar.

Grundlage für gesellschaftliche Entscheidungen sollten statt dessen die Maxime gesellschaftlicher Nachhaltigkeit sein. Was erhält die eigene Gesellschaft und was beeinflusst die eigene Bevölkerung positiv.

Statt also die eigene Gesellschaft und deren Vergangenheit zu dämonisieren, sollten sie auf positive Werte und Schaffenskraft bauen, die es für Deutschland aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kunst und Literatur zu Genüge gibt.

Bleibt zu hoffen, dass sich die Deutschen bald von diesem moralischen Joch befreien und sich wieder für eine positive Sachpolitik entscheiden.

Quo vadis, Kirche?

VON CRISTINA EULER



Bild von © sspiehs3 auf Pixabay

Im Rückblick auf die vergangenen Jahre der Kirchenpolitik bleibt oft nur ein Kopfschütteln, ein verständnisloser Blick und das Gefühl, allein im Regen stehen gelassen worden zu sein. Ein Mensch, der an Gott glaubt und in Gemeinschaft mit anderen Christen kommen möchte, fühlt sich da eher verraten und verkauft.

Nicht nur, daß „die Kirche“ (damit sind hier gleichermaßen evangelische wie katholische Kirchengemeinden gemeint, natürlich nicht alle, manche habe anders gehandelt) Werbung für Corona-Injektionen machte und diese als „Akt der Nächstenliebe“ anpries, sie drängte die Zögerlichen mit der moralischen Keule zur Durchführung, bot auch gleich das Kirchenhaus – praktischerweise vor oder nach dem Gottesdienst – als Impffokal an, schließlich sei das Christenpflicht. Wer wollte schon egoistisch

danebenstehen? Gottesdienste mit 2G (geimpft oder genesen) taten ein Übriges, die „egoistischen Ungeimpften“ mußten draußen bleiben. Teilweise gab es immerhin 3G-Gottesdienste, bei denen alle mit frischem Test und dem unvermeidlichen Mundnasenschutz zugelassen waren – rechte Freude konnte dabei kaum aufkommen, ein Gottesdienst per Livestream im Internet bot eine gute Alternative.

Nach Corona wurde es auch nicht besser: viele Gemeinden hängten Regenbogenfahnen vor der Kirche auf oder ließen sie munter vom Dach flattern.

Ein Regenbogen gilt als Zeichen für den Bund Gottes mit den Menschen, seit Noah mit der Arche die Sintflut überlebte, nachzulesen in 1.Mose 9,13-17. In diesem Sinne betrachtet ist so ein Gedenkzeichen über einem Gotteshaus gar nicht verkehrt, wenn auch ungewöhnlich.

Doch hierzulande steht die Regenbogenfahne für LGBTQIA+. Häh? Sie soll ein Zeichen für Vielfalt, Offenheit und Stolz darstellen und wurde anfangs nur bei Paraden wie dem Christopher Street Day verwendet, warb dort für Akzeptanz und Gleichberechtigung schwuler und lesbischer Menschen.

Inzwischen wird sie in Deutschland im Übermaß verwendet, sogar vor öffentlichen Gebäuden, um die ach so tolerante Haltung der guten Deutschen allen anderen gegenüber hervorzuheben, die im Lande sind, welcher Herkunft, Tradition, Sexualität und Geisteshaltung sie auch immer sein mögen – Hauptsache nicht konservativ deutsch!

Die Kirche ist sich in Teilen nicht zu schade, Gemälde mit sexuellen Praktiken in einer Kathedrale auszustellen, die von einem schwulen Künstler gemalt wurden, um ihre Beschäftigung mit dem Zeitgeist der Sexualität unter Beweis zu stellen – so geschehen in Nürnberg, St. Egidien, was immerhin durch deutlichen Widerspruch ziemlich zügig beendet werden mußte.

Die Minderheiten der Gesellschaft – und seien sie noch so winzig – werden bei jeder Gelegenheit in den Mittelpunkt gestellt, je ausgefallener, desto besser. Dabei vergessen die Kirchen offenbar ihre urreigenste Aufgabe: das Wort Gottes in den Mittelpunkt zu stellen anstatt daran zu feilen und immer weniger der „unbeliebten“ Passagen in den Mund zu

nehmen. Hauptsache nicht anecken! Aber wer die Wahrheit sagt, wird immer wieder anecken.

Die Wahrheit ist unbequem, schon allein die menschliche Wahrheit, die von der Regierung verzerrt oder totgeschwiegen wird, mit einem Mantel des Schweigens überdeckt im Angesicht einer Bevölkerung, die längst darüber Bescheid weiß. Um wieviel mehr muß dann Gottes Wahrheit unbequem sein, wenn man sein Mäntelchen nach dem Wind der Regierung hängt?

Da steht nichts von LGBTQIA+ in der Bibel, nichts von „Du kannst Dir Dein Geschlecht aussuchen, lieber Adam“. Nein es gibt genau zwei biologische Geschlechter und das wird sich auch nicht ändern, weder bei den Menschen noch im Tierreich, wie jeder weiß, der im Biologieunterricht auch nur ansatzweise aufgepaßt hat.

Wie diese nun zusammenleben wollen, das ist ein anderes Thema, das bereits durch alle Jahrhunderte in den verschiedenen Ländern sehr kontrovers betrachtet wurde.

Schon die alten Römer hatten „Lustknaben“ und auch homosexuelle Verbindungen hat es immer gegeben – aber es wurde ihnen nicht gehuldigt, schon gar nicht von der Kirche!

Wenn sogar der Papst nun beginnt, gleichgeschlechtliche Beziehungen im Gotteshaus zu segnen, entgegen der Meinung einiger Kardinäle übrigens, muß man sich wirklich fragen, was „die Kirche“ noch für einen Anspruch

hat. Zählt das Wort Gottes nicht mehr? Muß man sich nur nach den „gefälligen“ Passagen richten? Der Papst überhaupt ist in meinen Augen sehr fragwürdig. Es gibt keine Stelle in der Bibel, die auf einen „menschlichen Vertreter Gottes“ auf Erden hinweist, der in umständlichen Wahlgängen bestimmt wird – aber wer weiß, vielleicht ist mir da auch etwas entgangen... Nein, der Heilige Geist wird an Jesu statt als Tröster in die Welt geschickt (Johannes 14, 26 ff.), ein Geist der Wahrheit und der Erkenntnis.

Wir müssen uns nicht der Welt gleichstellen, um verstanden zu werden, es braucht keine zwei Frauen mit dem Jesuskind am Heiligen Abend anstelle von Maria und Joseph. Wir können Verständnis und Liebe bieten durch Zuhören und aufeinander zugehen, so wie es früher auch war. Niemand muß sich deshalb verbiegen, wir dürfen authentisch und verschieden sein und uns vom Heiligen Geist führen lassen.

So kann trotz unterschiedlicher Menschen, Meinungen und Bedürfnisse Einigkeit entstehen – eine Einigkeit im Geist, unter dem Wort Gottes, bei der jeder Mensch als Mensch willkommen ist, egal unter welchem „Prädikat“ er leben mag.

Das ist der Weg, den die Kirche gehen sollte – ein Weg im Lichte von Gottes Wort, geführt durch den Heiligen Geist – alles andere wird dann kommen.

„Dein Wort ist meines Fußes Leuchte und ist ein Licht auf meinem Wege.“ (Psalm 119, 105)

Framing Die Manipulation des Denkens durch Sprachgebote

VON KARIN LUDWIG

Viele von Ihnen erinnern sich vermutlich noch an die „Framing“-Diskussion, die vor ein paar Jahren durch die (alternativen) Medien ging, hervorgerufen durch ein von der ARD in Auftrag gegebenes Gutachten der „Sprach- und Kognitionswissenschaftlerin“ Elisabeth Wehling [1], bezahlt von unseren Gebühren (120.000 €).

Dieses Gutachten beschäftigt sich ganz allgemein damit, wie man durch die häufige Verwendung bestimmter sprachlicher Formulierungen das Denken seiner Zuhörer manipulieren kann. Speziell heißt es darin z.B. „monatliche Beteiligung an einem gemeinsamen, freien Rundfunk“ statt (realistischer) GEZ-Zwangsgebühr. Auch wenn dieses Gutachten nicht 1:1 umgesetzt wurde, begegnet uns pseudomoralisches Framing heute tagtäglich – und wir sollten in der Lage sein, diesen Manipulationsversuchen zu widerstehen.

Ein erster Punkt wäre dabei das Thema Steuern. Unsere Politiker loben sich regelmäßig für ihr „gutes Wirtschaften“. Aber die Politik erwirtschaftet gar nichts!

Wohlvollend könnte man sagen, dass der Staat „Steuern einnimmt“ – indem er uns einen immer größeren Teil unseres Verdienstes abnimmt! Steuern sind also zunächst Diebstahl. Dennoch sind sie sinnvoll, sofern sie für die Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft eingesetzt werden: Infrastruktur, Bildung, öffentliche Sicherheit, Landesverteidigung... Steuergelder für unsinnige Ideologienprojekte im In- und Ausland bleiben aber Diebstahl!

Derzeit sind die Schlagwörter „Sparen“ und „Subventionen“ in aller Munde, ebenfalls mit manipulativem Charakter. „Sparen“ bedeutet ganz eindeutig: Weniger ausgeben. Zusätzliche Steuererhöhungen bei erwarteten Steuerabgaben von 1 Billion Euro haben nichts mit Sparen zu tun, sondern sind tatsächlich Diebstahl.

„Subventionen“ sind Geldgeschenke, wie z.B. für die „Produzenten erneuerbarer Energien“ (ein weiterer Framing-Begriff). Steuererminderungen (z.B. für Landwirte) sind keine Subventionen, sondern nur weniger

Diebstahl. Besonders deutlich war das Framing während der „Pandemie“.

Unser aller „Solidarität“ wurde eingefordert, jeder Kritiker als potentieller Massenmörder oder „rechtsradikal“ diffamiert.

Mittlerweile ist allgemein bekannt, dass die „Pandemie des Jahrhunderts“ nicht mit einer Übersterblichkeit verbunden war und all die „Maßnahmen“ und „Impfungen“ mehr Schaden als Nutzen anrichteten.

Und wie nennt man „Maßnahmen“ ohne nachweisbaren Nutzen, die unsere Freiheit einschränken und gewaltige Schäden anrichten?

Richtig: Schikanen! Und die angeblich „rechtsradikalen“ Proteste gegen diese Schikanen wären dann eher „grundrechtsradikal“.

„Solidarität“ ist ebenfalls so ein Wieselwort. Wer sie einfordern muss, gibt damit zu, dass er uns ohne Gegenleistung in die Taschen greifen will. Echte Solidarität ist immer freiwillig

und kommt aus Überzeugung – wie allorts bei den Bauernprotesten zu erleben.

Besonders beliebt sind auch die „Klima-Aktivistinnen“. Treffender wäre wohl „Klima-Terroristen“, denn sie nötigen tausende Bürger, beschädigen Kulturgüter und terrorisieren Polizisten (Lüzerath). Persönlich bevorzuge ich aber den Begriff „Klimakleber“, denn er symbolisiert hervorragend die dummliche Beschränktheit dieses Klientels.

Ein weiteres Thema ist das Gendern.

* und : als Zeichen der „Diversität“ können sich offensichtlich nicht so recht durchsetzen. Also muss das „Selbstbestimmungsgesetz“ her, das uns zwingen soll, biologische Realitäten zu verleugnen – sonst drohen Bußgelder bis zu 10.000 €.

Falls es verabschiedet wird, müssen wir uns wohl in der Öffentlichkeit fügen, denn jeder Euro Bußgeld für diese Regierung ist eine Fehlinvestition. Aber jeder von uns sollte diese biologische Tatsache fest in seinem Bewusstsein verankern:

Frauen haben keinen Penis! Bleibt noch das Schlagwort „demokratiefeindlich“, mit dem insbesondere die einzige echte Oppositionspartei diffamiert wird. Interessanterweise ist es gerade diese Partei, die sich für Volksentscheide nach Schweizer Vorbild [2] einsetzt – während alle anderen Parteien uns Bürger offensichtlich für so blöd halten, dass sie uns ihre großartige Politik ständig „erklären“ müssen. Und weil sie damit nur eingeschränkt erfolgreich sind, fordern die selbsternannten „Demokraten“ nun immer häufiger ein Verbot der Opposition. Nach aktuellen Umfragen würde man damit mehr als 20 Prozent der Wähler bundesweit und mehr als ein Drittel der Wähler in Sachsen und Thüringen ihres Stimmrechts berauben. Also wer sind hier wohl die wahren Feinde der Demokratie?

[1] https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2019/02/framing_gutachten_ard.pdf
[2] https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf (S. 13)

10 | Wirtschaft

Entwicklungshilfe: Geld ohne Zweck ist kein Mittel

Chronik einer erfolglosen Strategie

VON PETER BERGHOFF

Afghanistan hätte zum Sinnbild eines erfolglosen Engagements zur Demokratisierung im Sinne westlicher Gesellschaften werden müssen. 20 Jahre Militärintervention mit einem Aufwand von 12,5 Mrd. € alleine durch die Bundeswehr, 77 Mrd. US\$ Entwicklungshilfe, die Zeitweise 50% des Bruttoinlandsproduktes ausmachten und ein intensives Engagement der Hilfsorganisationen blieben erfolglos.

Denn die Taliban, die seinerzeit wegen des Terrorangriffes auf das Welthandelszentrum durch das westliche Militärbündnis ISAF gestürzt wurden, eroberten in nur 4 Monaten das ganze Land zurück und zwar ohne nennenswerte Gegenwehr der einheimischen Bevölkerung. Statt eine Diskussion über die

Strategie zu führen und diese zu überdenken, wird durch die EU eine weitere Milliarde in die Region gepumpt. Geld, das Menschen in Europa erarbeiten mussten. Ist das moralisch legitim? Offensichtlich, denn diejenigen, die dieses Geld offerieren, fühlen sich als moralische Instanz.

Anders ist es nicht zu erklären, dass man in Europa völlig wirkungslose Strategien nicht nur fortsetzt, sondern sogar intensiviert, ohne dass darüber eine nennenswerte Diskussion in der Öffentlichkeit stattfinden würde.

Afghanistan ist dabei auch Symbol für zweifelhafte Strategien in der Entwicklungshilfe.

Eine statistische Analyse der I-f-GE [1] konnte jedenfalls keinen Zusammenhang zwischen der Steigerung von Entwicklungshilfe und der Steigerung des Bruttoinlandsproduktes feststellen. Weder für Afghanistan noch für Südkorea oder Vietnam, die sich in der Vergangenheit wirtschaftlich sehr gut entwickelt haben.

Die Entwicklung aus der Armut hin zu einer wohlhabenden Gesellschaft ist also möglich, nur eben nicht durch noch so intensiven Finanztransfer wie es die derzeitigen Entscheidungsträger in Deutschland und Europa durchführen und wie die Hilfsorganisationen gerade vor Weihnachten uns „Schuldbelasteten“ suggerieren.

„Entwicklung kann man nicht

kaufen“ schrieb Rainer Erkens als langjährig in der Entwicklungshilfe engagierter Mitarbeiter 2006 für die Friedrich-Naumann-Stiftung. Offene Märkte, Sicherung des Eigentums, neutrale Rechtsprechung und freie Entfaltungsmöglichkeit privater Initiativen sieht er als Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung einer Gesellschaft, was mit Erklärungsmustern für den Erfolg von Südkorea und Vietnam übereinstimmt.

Wenn wir also Wissen, dass ein Finanztransfer nicht funktioniert und ebenso wissen, dass es innere Gesellschaftsstrukturen sind, die wirtschaftlichen Erfolg ausmachen, warum werden die erfolglosen Strategien in dieser Dimension nicht nur fortgeführt,

sondern sogar noch intensiviert? In den 60-er Jahren wurden wirtschaftlich erfolgreiche Reformen in der sozialistischen DDR sogar wieder zurückgenommen.

Hier handelte man also bewusst wider besserem Wissen. Wie kann das sein?

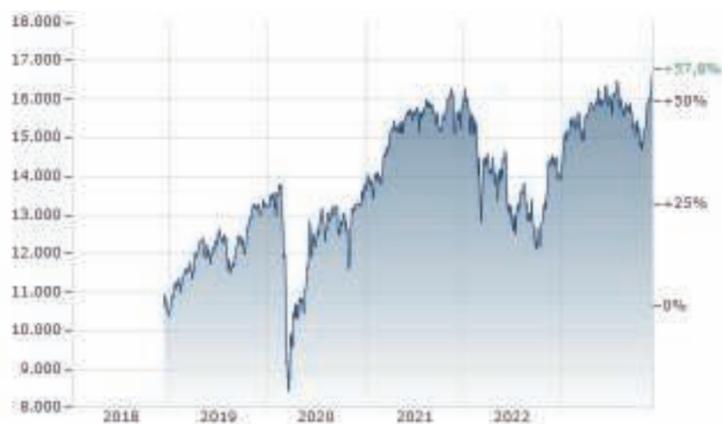
Die Vermutung liegt nahe, dass hier tiefgreifende gesellschaftspsychologische Mechanismen wirken. Diese kognitiven Dysfunktionen müssen erkannt und behandelt werden, wollen Deutschland und Europa auch in Zukunft eine aktive Rolle auf der Weltbühne spielen.

[1] <https://i-f-ge.de/entwicklungshilfe>

Monopoly

VON GEORG KLEIN

Der Deutsche Aktienindex DAX, der gewichtete Durchschnitt der Handelskurse der 40 wichtigsten Unternehmen Deutschlands hat den höchsten Stand in der Geschichte erreicht:



In einer Zeit, in der die Insolvenzen deutscher Unternehmen stark steigen, Großunternehmen wie Siemens Energy, Thyssen Krupp und der ausländische Konzern Intel

Milliarden an Subventionen des deutschen Staates zum Überleben benötigen oder damit nach Deutschland gelockt werden müssen, der Staat zwar im Prinzip bankrott ist und sich diese

Subventionen gar nicht leisten kann, der Auftragseingang der deutschen Industrie im 5. Monat in Folge zurückgeht, die für Deutschland extrem wichtige Autoindustrie einer unsicheren

Zukunft entgegengieht, die Infrastruktur maßgeblich beschädigt ist und der sich Bildungsstand des Nachwuchses laut Pisa-Studie auf einem dramatischen Verfall befindet, bewerten die Aktionäre die Unternehmen überdurchschnittlich.

Der alte Leitspruch „in der Krise investieren“ kann hier zur Erklärung nicht herangezogen werden, denn dann müssten die Kurse auf historisch niedrigstem Niveau sein und ein rasanter Kursanstieg erhofft werden. Das letzte Jahrhundert hat jedoch gezeigt, dass alle Börsencrashes von steigenden Zinsen ausgelöst oder begleitet worden sind.

Deshalb haben die sogenannten „Währungshüter“ eine heillosen Angst die Zinsen anzuheben, und gingen im letzten Jahrzehnt den bequemen Weg des Nullzinses. Eine steigende Verschuldung hat in dieser Situation keine Auswirkungen, es lebt sich

herrlich auf Kosten der Zukunft, die aber keinen Anwalt hat.

Wie beim Alkohol und anderen Drogen ist die Entwöhnung aber schwierig und schmerzhaft.

Es ist die Zeit gekommen, dass die Auswüchse einer verantwortungslosen Politik ihre Schattenseiten zeigt, und die Notenbanken nicht mehr umhin kommen, die Zinsen zu senken, da sich eine Lohn-Preis-Spirale in Gang gesetzt hat, welche die Inflation anheizt.

Zwischenzeitliche Signale, dass die Inflation rückläufig wäre sind trügerisch, denn die Regierung ist süchtig nach mehr Geld und erhöht die Preise durch CO2-Abgaben, auslaufende Steuerermäßigungen, Mauterhöhungen und auslaufende Subventionen, die nicht mehr leistbar sind.

Irgendwann in naher Zukunft werden die Lohnsteigerungen mit dem Preisanstieg nicht mehr mithalten können, Dies wird der

Zeitpunkt sein, in dem der Warenabsatz einbricht, und die Unternehmen gezwungen sein werden ihre Preise zu senken, obwohl die Kosten steigen. Dies wird der Moment sein, in dem die Entwicklung die Aktienkurse erfassen wird. Eine Kapitalflucht aus dem deutschen Markt wird ihr übriges tun.

Dann werden wir alle wieder ganz von vorne anfangen müssen. Wir werden unsere Lebensgewohnheiten drastisch verändern müssen, werden schmerzhaft auf Tugenden hingewiesen, die verfallen sind.

Eine reformierte Bildungspolitik wird der Anfang für ein rohstoffarmes Land sein müssen, wieder hin zu Leistung und Wettbewerb. Eskapaden wie Klimarettung, Energiewende und ein überbordender Sozialstaat werden der Vergangenheit angehören, und unsere Kinder werden uns fragen: Wie konntet Ihr das geschehen lassen?

Das grüne Wirtschaftswunder lahmt

VON GEORG KLEIN

In der vorletzten Ausgabe berichteten wir über den Absturz der Siemens-Energy-Aktie um 37%. Der größte Hersteller von Windturbinen in Deutschland schwächelt wegen Qualitätsproblemen und dem Preisdruck, der auf allen Komponenten der Energieerzeugung lastet, weil die Bundesregierung beweisen will, dass Windstrom günstig ist. Derartige Marktverzerrungen werden immer irgendwann von der Realität eingeholt, und diese

Entwicklung beginnt nun sichtbar zu werden.

Die Siemens-Energy-Aktie setzt ihren Einbruch fort, noch im Mai dieses Jahres stand sie bei 24,- €, nun sind es 7,08,- €, ein Einbruch um 66,2 %!

Doch dies ist erst der Anfang einer Entwicklung, die den gesamten deutschen Aktienmarkt betrifft, denn praktisch alle Wirtschaftszweige haben sich dem Ökodiktat unterworfen, ob Versicherungen,

Industrie- oder Finanzkonzerne.

Wie Ulrike Herrmann in Ihrem Buch „Das Ende des Kapitalismus“ das grüne Schrumpfen angekündigt hat (siehe letzte Ausgabe der Bergischen Freiheit), so kommt es nun auch.

Ein Ende dieser tragischen Entwicklung wird erst möglich sein, wenn wieder Vernunft in unser Denken und Handeln einzieht.



Steuert Argentinien in die Katastrophe?

VON GEORG KLEIN



Bild von © Sofia Terzoni auf Pixabay

Javier Milei wurde von den verzweifelten Argentinern zum Staatschef gewählt. Nach den Staatszerstörern Christina Kirchner, Macri und Fernandez wurde der vermeintlich Verrückte Milei gewählt. Pest oder Cholera, wie in vielen Ländern scheint es egal, wen das Volk wählt. Jene, die im Sinne der

Bevölkerung regieren würden, stehen nicht zur Wahl. Die Inflation war vor der Wahl schon bei 140%, unvorstellbar für jemanden, der das nicht kennt. Inflation ist immer eine Besteuerung der Armen, die Reichen verdienen an der Inflation prächtig. Man muss nur den Zugang zu internationalen

Märkten haben, dann kann man sein Vermögen nicht nur schützen, sondern ohne Arbeit vermehren. Hochinflationen sind ein prächtiges Ziel für Ausbeuter, die USA machen das mit Südamerika seit einem halben Jahrhundert.

Nun hat der (verrückte) Milei in den ersten Tagen der Regierung einige Entscheidungen getroffen. Er hat den Peso, die Landeswährung um 100% abgewertet. Statt 391 Peso kostet der US\$ nun 800 Peso. (Die Tagesschau berichtet von einer Abwertung um 50% - ein Ergebnis der deutschen Bildungskrise)

Der neue Wirtschaftsminister Caputo kündigte auch eine Kürzung der Subventionen für Energie und Verkehr an. Der Staat halte die Preise in diesen Sektoren durch Subventionen künstlich niedrig, sagte der Minister. "Aber diese Subventionen sind nicht kostenlos, wir bezahlen sie mit

Inflation." Der Minister kündigte auch an, dass keine neuen öffentlichen Bauaufträge mehr vergeben werden. Bereits vergebene Aufträge, deren Umsetzung noch nicht begonnen habe, werden gestrichen.

Die Transferleistungen an die Provinzen werden demnach auf ein Minimum reduziert.

Infrastrukturprojekte sollten künftig vom Privatsektor getragen werden, sagte Caputo. Bei öffentlichen Vorhaben würde das Geld ohnehin häufig "in den Taschen von Politikern" enden.

Grundsätzlich müsse der argentinische Staat seine "Sucht" danach überwinden, mehr Geld auszugeben, als er einnehme, sagte Caputo.

Argentinien ist ein reiches Land, wie die meisten Staaten in Südamerika. Große Erdölvorkommen wurden entdeckt, das Land kann sich mit

Energie selbst versorgen. Landwirtschaftliche Flächen stehen in rauen Mengen zur Verfügung, der Export von Soja, Zucker und Rindfleisch läuft auf Hochtouren.

Aber die Gewinne flossen ins Ausland, der Staat machte immer höhere Schulden.

Es bleibt abzuwarten, ob der neue Kurs der Regierung erfolgreich sein wird. Man kann das den Bürgern Argentinens nach Jahrzehnten linker zerstörerischer Politik nur wünschen. Die linke Presse verstummt schon langsam.



Bild von © Christel SAGNIEZ auf Pixabay

Wie sich die Herrschenden die Universitäten kaufen

VON JOHN KERRY



Das brandneue Buch „Wie ich meine Uni verlor“ des Journalisten und Medienwissenschaftlers Michael Meyen vermittelt eine Ahnung, warum der akademische Betrieb in Deutschland keine Spitzenkräfte mehr produziert.

Dashboards mit fragwürdigen Zahlenkolonnen, moralgeschwängerte Propaganda, getarnt als Berichterstattung, und die immergleichen "Experten", welche "die Wissenschaft" verkörpern sollen: Medienrealität und Wirklichkeit driften zunehmend auseinander, eine unsichtbare politische Moral-keule schwingt über jedem Aufstiegswilligen.

Viele spüren das, ob bei Corona, Klima, Energie oder Ukraine. Und viele wundern sich: Warum bleibt der Aufschrei aus den akademischen Institutionen aus? "In den Universitäten wird das Personal geformt, das später

unser Leben bestimmt." Sie seien, so Meyen, "das Nadelöhr, das jeder passieren muss, der irgendwann irgendwo etwas zu sagen haben will: Lehrer und Schuldirektoren, Staatsanwälte und Richter, Pfarrer, CEOs und Chefredakteure, Landräte, Theaterintendanten und Ärzte, Minister und Behördenleiter – sie alle haben studiert. Wer die Universitäten beherrscht, dominiert die gesellschaftliche und politische Entwicklung", sagt Meyen. Wissenschaft sei zur "Religion der Gegenwart" geworden, Professoren zu bezahlten Priestern.

Meyen ist seit 2002 Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, er ist öffentlich als Kritiker der großen deutschen Leitmedien in Erscheinung getreten. Er weist Medien regelmäßig nach, dass sie nicht frei und unabhängig berichten.

Breiter bekannt wurde Meyen mit seiner Kritik an der Berichterstattung zur staatlichen Coronapolitik. Er warf den großen Medien vor, Diffamierungskampagnen gegen Kritiker der verordneten Maßnahmen zu betreiben und eine breite Diskussion darüber nicht zuzulassen.

Ganze gesellschaftliche Gruppen würden durch die großen deutschen Medien in ihren Anliegen nicht mehr repräsentiert und somit ausgeschlossen, lautet seine zentrale These.

Der politische Kampf gegen verfassungsgemäße Meinungsfreiheit, vielfältige Berichterstattung und die

Freiheit der Wissenschaft geht in Deutschland in die nächste Runde.

Gegen den Kommunikationswissenschaftler Michael Meyen wurde ein Verfahren wegen seiner Arbeit für die Zeitung "Demokratischer Widerstand" eingeleitet. Der Fall reiht sich ein in eine Reihe ähnlicher Vorfälle, die zeigen, wie Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit in Deutschland abgeschafft werden.

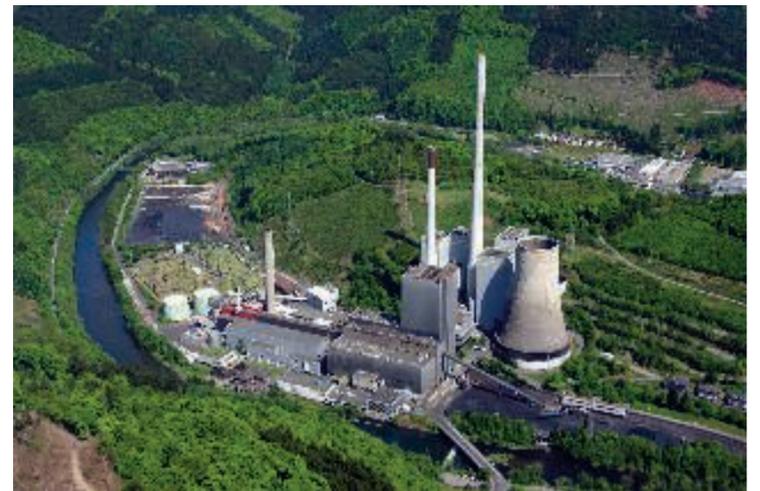
Pflichtpunkte, die Wissenschaftler heute für ihr Ansehen und das ihrer Uni permanent sammeln müssen, mit willkommenen Studien und Ergebnissen, möglichst vielen daraus zitierten Passagen, vor allem aber mit Bekenntnissen zur erwünschten bürgerlichen "Moral" als "letzter Schritt", wie er schreibt, sind wohl in der Cancel-Culture-Realität versiegt.

Die Wissenschaft selbst gerät zur Nebensache, wer etwas werden will, fügt sich. Interessant auch der Befund, dass es vor allem emeritierte Professoren sind, die es wagen, nicht erwünschte Meinungen zu veröffentlichen.

Die Herrschenden mit dem Zugriff auf die Steuern der Bürger bilden mit dem Großkapital ein undurchdringliches Kartell zur Sicherung ihrer Macht. Mit weisungsgebundenen Staatsanwälten wird die Justiz gefügig gemacht, Lehrer indoktrinieren die Schüler, Wirtschaftsbosse werden mit „Subventionen“ beeinflusst, und wer nicht mitmacht wird gekündigt, diffamiert, als Rechtsextremer bezeichnet, oder er geht.

Der Kohleausstieg kommt nicht!

VON GEORG KLEIN



Von Dr.G.Schmitz - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, wikimedia.org

Um den Kohleausstieg zu versüßen hat die Bundesregierung Milliarden an Steuergeldern privaten Unternehmen versprochen.

Die Rechnung erfolgt so, dass die Unternehmen entgangene Gewinne erfinden, und diese vom Steuerzahler ersetzt bekommen.

Natürlich ohne Risiko.

Das einzige Risiko das diese Unternehmen haben ist, dass diese Versprechen dann nichts wert sind, wenn kein Geld mehr vorhanden ist, oder im Nachgang diese Gewinne durch Regierungshandeln gar nicht mehr entstehen würden.

So geschehen ist das nun bei den 1,7 Milliarden, die die Lausitzer LEAG erhalten sollte, um die Kohleverstromung in der Lausitz einzustellen.

Während RWE in Nordrhein-Westfalen nun 2,7 Milliarden von der EU-Kommission

zugestanden wurden, soll die LEAG leer ausgehen.

Die Begründung ist zynisch.

Durch die CO2-Bepreisung der Kohleverstromung, welche die Bundesregierung beschlossen hat, wird es für den Zeitraum von 2030 bis 2038 keine Gewinne geben, also gibt es auch keine entgangenen Gewinne.

RWE war da etwas klüger, die haben ohne Rücksicht auf die Verbraucher und Mitarbeiter den Ausstieg auf 2030 gelegt, und können so entgangene Gewinne aus Zeiten niedriger CO2-Bepreisung in Rechnung stellen.

Man sieht, dass sich Verantwortungslosigkeit, Rücksichtslosigkeit und pure Geldgier doch noch auszahlen.

Das alte Sprichwort, „Gleich und Gleich gesellt sich gern“ ist wieder einmal bestätigt worden.

12 | Wissenschaft-Technik

Der Segen des aktuellen Klimawandels

VON DANIEL ZENZ

Die Menschheit hat im Verlauf ihrer Geschichte mehrere klimatische Veränderungen erlebt. Der bisher letzte große globale Wandel spielte sich beim Übergang von der sogenannten mittelalterlichen Warmzeit zur „Kleinen Eiszeit“ ab. „Diese Periode zwischen 1200 und 1350 war der jüngste Umschwung und die größte klimatische Veränderung der letzten 1000 Jahre vor der gegenwärtigen Erwärmung. Die „Kleine Eiszeit“ dauerte bis ins 19. Jahrhundert an“, erklärt Johannes Preiser-Kapeller vom Institut für Mittelalterforschung der Österreichischen Akademie der

Wissenschaften (ÖAW). Gemeinsam mit seiner Kollegin Ekaterini Mitsiou hat er in einem Beitrag im Sammelband „The Crisis of the 14th Century“ die gesellschaftlichen Auswirkungen dieser Klimaabkühlung auf den östlichen Mittelmeerraum untersucht.

Es kam damals in manchen Regionen zu einer Abkühlung der Durchschnittstemperaturen um etwa ein bis 1,5 Grad, und die Frequenz von drastischen Wetterereignissen in den Berichten nahm entsprechend zu. Als Folge der Abkühlung kam es in weiten Teilen Europas und

Nordafrikas zu Dürren. Zudem breiteten sich entlang der Handelswege in Europa ab 1310 zuerst eine Viehseuche und in den 1340er Jahren die Pest aus, der in manchen Regionen die Hälfte der Bevölkerung zum Opfer fiel. Die Ausbreitung der Erreger konnte durch neue genetische Analysen relativ genau nachgezeichnet werden. „In Zentralasien, der Ursprungsregion des Pesterregers, wurde es damals kühler und feuchter, was die Ausbreitung der Krankheit begünstigt hat. In Westeuropa, das damals gut an das Handelssystem angeschlossen war und eine hohe

Bevölkerungsdichte aufwies, waren die Verluste sehr hoch“, sagt Preiser-Kapeller.

Die „Kleine Eiszeit“ ging im 19. Jahrhundert zu Ende, und die Temperatur steigt folgerichtig bis heute wieder um ein bis 1,5° C an. Die Folgen waren ein Anstieg der Ernteerträge, weniger Kältetote und ein verminderter Verbrauch von Energie zum Überleben der immer noch kalten Wintermonate.

Der kalte Sommer 2023 hat uns nun wieder vor Augen geführt, wie unangenehm und nachteilig es ist, wenn die Erwärmung eine

Pause macht. Der Landwirt Christian Lohmeyer aus Niedersachsen beklagt den feucht-kalten Sommer, der zu starken Einbußen bei den Ernteerträgen führt. Er hofft, dass der ausklingende Sommer noch ein paar Tage Sonne spendet, um wenigstens einen Teil der Ernte zu retten.

Der Ausfall einer Jahresernte führt noch nicht zu einer Hungerkatastrophe, da die Getreidespeicher aus den Vorjahren noch gut gefüllt sind. Hoffen wir, dass uns 2024 die Erderwärmung wieder höhere Ernten bringt.

Sozialwissenschaftlicher Sündenfall Wie Sozialwissenschaftler die Manipulation der Gesellschaft umsetzen

VON PETER BERGHOFF



Foto © Florian Pircher auf Pixabay

Mit Sozialwissenschaftlern verbindet man üblicherweise empathische Menschen in Latzhose, die in einer weltfremden Art die Menschheit retten wollen. Schaut man sich die Entwicklung der vergangenen Jahre an, muss man dieses Bild jedoch grundlegend korrigieren. Die Sozialwissenschaft scheint zu einem ernststen Problem für die demokratische Gesellschaft und die Menschenrechte geworden zu sein.

Die Manipulation der Massen ist so alt wie die Menschheit. Bereits in vergangenen Epochen sind die dazu notwendigen Mechanismen beschrieben worden, wie zum Beispiel Gustave Le Bons 1895 erschienenen Buch „Psychologie

der Massen“ zeigt. Auch begann die wissenschaftliche Analyse und deren ziel- und interessengerichtete Anwendung weit früher, wie Edward Bernays Beeinflussung der Amerikaner zum Beitritt in den 1. Weltkrieg oder die 1954 erreichte Zustimmung für den Staatsstreich in Guatemala zeigen. Der Umfang und die Bedeutung psychologischer Manipulationstechniken hat in den letzten Dekaden aber enorm an Bedeutung gewonnen.

Neben dem Internet und dem Weltall sind durch die NATO seit 2020 auch der Cognitiv Warfare als Kriegsschauplatz etabliert worden. Mit einem Budget von 300 Mio. \$ soll über partizipatorische Propaganda Menschen mittels Manipulationswaffen für den eigenen Krieg begeistert bzw. die Manipulationen der Gegenseite neutralisiert werden.

Dabei Sprechen die Maßnahmen Tiefengefühle an. Beispiel hierfür ist die Brutkastenlüge, die eine Bereitschaft zum Eintritt in den Irak-Krieg 1990 schaffen sollte. Da die Maßnahmen im Geheimen eingesetzt werden, ist es schwierig, diese zu

identifizieren. Sicher ist jedoch, dass auch im aktuellen Ukraine-Krieg psychologische Mittel eingesetzt werden. Sicheres Zeichen dafür ist die Diskreditierung eines kritischen Hinterfragens.

Dabei werden die kritischen Positionen sowie deren Protagonisten in die Nähe des Gegners gerückt oder deren Zurechnungsfähigkeit bezweifelt. Putinfreund, Schwurbler, Aluhut, Verschwörungstheoretiker oder Rechter dürfte jedem als Vorwurf in den Diskurs lenkenden Medien bekannt sein. Ähnliche Begriffe wurden aber auch in der Corona-Pandemie zur Ausgrenzung all jener Personen angewandt, die vorgegebene Maßnahmen kritisierten. Manipulation ist also auch in der zivilen Regierungsführung etabliertes Mittel, auch wenn hier der Begriff Nudging im Vordergrund steht.

Dafür hat sein amerikanischer Begründer Richard Thaler 2017 sogar den Nobelpreis bekommen. Die Technik des „Anstupsens“, um das Verhalten der Bürger in eine gewünschte Richtung zu manipulieren, wird somit im Sinne der Preisrichter als eine Erkenntnis betrachtet, „die [...]

der Menschheit den größten Nutzen erbracht hat“. Mittel dieser Manipulation sind die den Diskurs manipulierenden Medien. Kein Wunder also, dass in diesen die Haltung des Journalisten wichtiger ist, als die Darstellung des realen Sachverhaltes. Die sachbezogene Diskussion scheint also nicht mehr Ziel eines demokratischen Entscheidungsprozesses zu sein. Vielmehr geht es um die Manipulationshoheit.

Berücksichtigt man die aktuellen Themen von Frühsexualisierung, illegaler Massenmigration, Klimawandel und historischer Schuld, kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Manipulationstechniken für eine positive Gesellschaftsentwicklung eingesetzt werden.

Grundlage dafür, dass die vorhandenen Techniken nicht zum Wohle der Menschen eingesetzt werden, sind ebenfalls von Sozialwissenschaftlern unterstützte Weltansichten, wie die „Critical Race Theorie“, die das „Kritische Weißsein“ (Critical Whiteness) postuliert und den Wert der Menschen wieder nach rassistischen Merkmalen einstuft. In dieser wird als politisches

legitimes Mittel auch der Rassismus gegen Weiß akzeptiert. In der LWL Ausstellung „Das ist kolonial“ des Museums Zeche Zollern führt das dazu, dass Weiße temporär keinen Zugang bekommen und somit ausgeschlossen werden.

Ein weiteres Beispiel für negative Auswirkungen der eingesetzten Manipulationsmittel ist die Frühsexualisierung von Kindern und Jugendlichen, die mittels LGBTQ und Wokeness tief in die Bildungseinrichtungen eingebunden sind und damit den Eltern ihre vom Grundgesetz zugeschriebene Hoheit über die Erziehung ihrer Kinder entziehen. Auch hier sind Sozialwissenschaftler aktiv und unterstützen diese Entwicklung fundamental.

Der fachliche Widerspruch zu den Auswirkungen bleibt hingegen aus.

Die Sozialwissenschaften haben somit eine fundamentale Verantwortung für die aktuelle Entdemokratisierung der Gesellschaft sowie der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung, ja gar für die Unterdrückung der Freiheit selbst.

Wiederholung wird Wahrheit

VON PETER BERGHOFF



Von © Pete Linforth auf Pixabay

Man muss sich immer wieder vor Augen halten, wie genial das Leben ist. Die Komplexität der auf uns einwirkenden Reize ist schier unendlich und aus diesen muss unser Gehirn die Welt

interpretieren. Ein Mechanismus, der dazu notwendig ist, ist die Kategorisierung. Wir versuchen also die durch uns aufgenommenen Reize in sinnvolle Einheiten umzuwandeln. Zusätzlich werden diese Einheiten mit Sinn gefüllt. Ein Beispiel wäre die Kategorie Hund im Gegensatz zur Katze, Vogel oder andere Tierarten. Das sind nur sehr einfache Gruppen aus einer extrem komplexen Welt, die eben auch soziale oder rein geistige Gruppierungen erzeugt. Diese Gruppierungen, also das

Wissen über die Welt, aufzubauen, bedarf immenser geistiger Leistung, die wir nicht jedes Mal von Grund auf ableiten, sondern die auf bereits Gelerntes aufbaut. Dabei ist die Wiederholung ein wesentlicher Faktor für die Verinnerlichung von Wissen. Haben wir dieses Wissen verinnerlicht, hinterfragen wir es in der Regel nicht mehr, sondern integrieren eintreffende Informationen in diese Struktur oder bauen neues Wissen auf dem vorhandenem auf. Da der Bestand des Wissens

nur selten hinterfragt wird, werden Fehler nur bei deutlich abweichenden Hinweisen wahrgenommen. Gleichzeitig vermeiden die Menschen, die eigene Weltsicht korrigieren zu müssen. Einmal mittels Wiederholung etabliertes Wissen ist somit nur durch starke Hinweise korrigierbar.

Hinzu kommt der Gruppenzwang, der Menschen dazu bringt, sich nach der Mehrheit zu richten, wie Solomo Asch in einem bekannten Experiment

über Gruppenzwang belegte. Kein Wunder also, dass die etablierten oder besser die den „Diskurs lenkenden Medien“ so erpicht darauf sind, konkurrierende Information zu unterbinden, letztlich eben auch durch Ächtung all jener, die abweichende Positionen kommunizieren. Egal, ob es um den Euro, Corona, den Ukraine-Krieg, das Klima oder die Energiegewinnung geht. Ziel ist durch ständige Wiederholung eine Realität zu vermitteln, die nicht mehr infrage gestellt wird.

PISA – Die Studie und ihre Aussagekraft

Ist das Ergebnis wirklich so schlimm?

VON LÄTTIA CAPUCCI

Am 01.02.2024 lud die Desiderius-Erasmus-Stiftung in Düsseldorf zu einem Vortrag von Herrn Prof. Dr. Reiner Dollase aus Bielefeld ein. Er ist Psychologe und Bildungspolitiker und hat sich in dieser Branche als Statistiker einen Namen gemacht.

In seinem fachlich fundierten und thematisch interessanten Vortrag ging er auf die Rahmenbedingungen der Auswertung einer solchen Bildungsstanderhebung wie PISA, ein Assessment-Programm für 15-jährige Schüler, das alle drei Jahre in den Lernfeldern Mathematik, Leseverständnis und Naturwissenschaften in etwa 80 Ländern seit 2000 durchgeführt wird. Initiiert wurde diese internationale Lernstandserhebung durch die OECD.

Bei dieser Erhebung füllen die Schüler einen Fragebogen aus, der am Ende neben der fachlichen Information auch Auskunft darüber geben soll, welche eigenen Aktivitäten und politischen Einstellungen bei den Schülern vorliegen und auch wie die Situation im Elternhaus ist. Er gibt auch Auskunft darüber, wie die Merkmale der jeweiligen Schule sind. Die Ziele der PISA-Studien sind die Übersicht über Informationen zur Effektivität des Lehrens und Lernens, nicht zuletzt auch in Verbindung mit der kulturellen und sozialen Herkunft der Schüler, sowie Informationen über das Lernen als Prozess und das lebenslange Lernen.

Betrachtet und als Beispiel herangezogen wurden in dem Vortrag die Ergebnisse des PISA-Tests von 2022, die man am 05.12.2023 der Öffentlichkeit präsentierte. 690.000 Schüler (von insgesamt etwa 29 Mio. Schülern) aus 81 Ländern nahmen an diesem Test teil, dessen Schwerpunkt diesmal Mathematik war. Das Ergebnis ist, dass weltweit ein beispielloser Rückgang der

Mathematik-Kenntnisse bei den Schülern zu verzeichnen ist, nur in 31 Ländern hielt sich der Stand. Dabei rangiert Deutschland im Mittelfeld, oben liegen Singapur, Estland und Japan.

Faktoren für gute Ergebnisse in der Bildung

Bei der sich nun aufdrängenden Frage, ob die seit 2000 erhobenen Informationen aus den PISA-Tests zur Verbesserung der Leistungen im Bildungssystem beitragen, muss man etwas in die Entstehungsgeschichte dieser Tests eindringen. Die Länder sind nicht besser geworden. Das vorab. Aber warum nicht? Für die Konzeption solcher PISA-Tests haben die Verantwortlichen einen Qualitätszirkel aus der Wirtschaft herangezogen: Act – Plan – Do – Check.

Dieser QM-Zirkel hat bei PISA versagt, und zwar an der Schnittstelle von Act zu Plan. In der Wirtschaft in der Produktion korrigieren Ingenieure innerhalb von 20 Minuten den Fehler, der in der Produktionskette von Act zu Plan auftritt. Hingegen sind an dieser Schnittstelle in der Bildung von jungen Leuten nicht nur ein oder zwei Faktoren für das Auftreten eines Fehlers verantwortlich, sondern es gibt hunderte von Faktoren, die für die Qualität von Bildung verantwortlich sind. Dieses Prinzip ist also kausal nicht belastbar. Die PISA-Ergebnisse geben daher keine verlässlichen Ursachen für die gefundenen Unterschiede an. Das ist schon einmal ein Kriterium, das man berücksichtigen muss, wenn man sich fragt, ob die PISA-Ergebnisse in Stein gemeißelt sind.

Faktor „Zuwanderung“

Ein Faktor für erfolgreiche oder nicht erfolgreiche Bildung liegt in der Zuwanderung. Hemmungslose oder geregelte Zuwanderung bestimmt u.a. auch den Sozialfaktor. Dabei gilt der Index 1-9, wobei ein Sozialindex

von 4-5 schon gravierende, negative Auswirkungen hat. In der Bundesrepublik sind die Zuwanderer schwerpunktmäßig verteilt, siehe Großstädte oder die Situation im Ruhrgebiet. Für solche Schwerpunkt-Regionen müsste in Bezug auf die Bildungspolitik eine Lösung angeboten werden.

Aber man kann hier von einem (gewollten) Staatsversagen in der Migration sprechen, denn man wird nicht mit den Problemen fertig (oder will es auch nicht, verfolgt man die aktuelle Diskussion über die legale Rückführung von illegalen Migranten, die ja auch mit ihren Kindern hier am Bildungssystem teilnehmen).

Faktor „Erhobene Daten“

Für die PISA-Studie werden Daten für ganz Deutschland erhoben, doch die Daten über Deutschland insgesamt sagen nichts aus. Deutschland ist föderal organisiert, nicht zentral, wie die meisten anderen Länder, und Bildung ist in Deutschland Ländersache. Für die BRD müsste also eine Länderübersicht der erhobenen Daten bewertet werden. Dabei käme dann nämlich heraus, dass einzelne Bundesländer im internationalen Ranking an der Spitze liegen. Beispiele sind dafür Bayern, Sachsen, Baden-Württemberg, die im Jahr 2005 führend waren. In diesem Jahr hatte Finnland den ersten Platz belegt.

(Allerdings muss man dabei auch feststellen, dass Finnland ca. 8 Mio. Einwohner hat, die Klassengröße wesentlich kleiner ist als bei uns und jeweils zwei Lehrer in den Klassen den Schülern beim Lernen helfen. Finnland legt als kleines Land hierbei sehr viel mehr Wert auf sein Potential an jungen Menschen als man es hier bei uns tut. Hier hören wir immer nur: Lehrermangel (weil nicht mehr Lehrer eingestellt und bezahlt werden, nicht weil es tatsächlich

zu wenige gibt), dabei bezahlt der Staat lieber für Auslandsprojekte als für die eigenen Schüler, die in zu renovierenden Schulen Lernbegeisterung entwickeln sollen.) Im Ranking unten liegen Nordrhein-Westfalen, Bremen und Sachsen-Anhalt.

Schaut man bei diesem Ergebnis auf die politische Farbverteilung in den einzelnen Bundesländern, kann man ohne Zweifel feststellen, dass konservativ geführte Länder in der Bildungspolitik besser abschneiden als links-grün geführte.

Wie oben bereits erwähnt trägt ein hoher Migrantenanteil in den Klassen auch dazu bei, die Ergebnisse negativ zu beeinflussen. Also rechnet man die schlechten Ergebnisse der Migranten heraus, steht Deutschland wieder an der Spitze.

Auch sind die Werte an den Gymnasien besser als an anderen Schulformen. Bei der PISA-Erhebung und Auswertung werden allerdings alle Schulformen zusammen bewertet. Auch hier müsste getrennt werden, um ein aussagekräftiges Ergebnis zu erhalten.

Internationaler PISA-Vergleich

International betrachtet lässt sich feststellen, dass Japan und die USA die meisten top oder high performer bei PISA haben, also die meisten am besten abschneidenden Schüler, aber unser Land immerhin an dritter Stelle liegt. Außerdem hat Deutschland international gesehen dennoch die meisten Patente.

Qualität von Bildungssystem und Unterricht

Guter Unterricht resultiert nach Hattie und seinen empirischen Studien aus dem Jahr 2003 zu 50 % aus den Schülern, zu 25 % aus den Lehrern, gefolgt von geringen

Prozentzahlen in den Kategorien Schule und Schulleitung u.a. Also die Schülerpersönlichkeiten und deren Fähigkeiten, die sie mitbringen, sind die wichtigste Zutat für guten Unterricht und ein gelingendes Bildungssystem. Natürlich auch gute Lehrer, die in erster Linie glaubwürdig sein sollten. Darüber hinaus sollten sie zur Vermittlung des Lernstoffes Klassendiskussionen organisieren, weil die Schüler dabei am meisten lernen. Ein Lehrer sollte natürlich auch gut erklären können. Das ist ein wichtiger Faktor neben einer guten Rückmeldung zur den einzelnen Schülerleistungen.

Zusammenfassung

Um den Bildungsstand bei PISA oder anderen Erhebungen aussagekräftig messen zu können, reicht ein arithmetischer Mittelwert nicht aus. Man muss hier die Ergebnisse einzeln betrachten und auswerten. Das wird aber bei PISA nicht gemacht, also ist deren Aussage nicht viel wert.

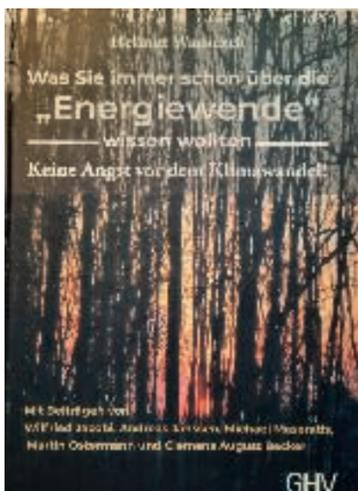
In Bezug auf die BRD muss man die einzelnen **Bundesländer** evaluieren. Dabei muss man auch die **migrantischen Schwerpunktregionen** berücksichtigen und ggf. herausrechnen, um ein tatsächliches Bild zu erhalten. Schließlich muss man auch die **jeweiligen Schulformen** differenzieren nach Ergebnissen für die Hauptschule, Realschule, Gymnasium, um einen realistischen Wert zu erhalten, und keine Einheitswerte darstellen.

Es gilt: Vielfaltsberechnung statt arithmetische Mittelwerte, sonst keine realistischen Aussagen. Berücksichtigt man diese Forderungen, steht Deutschland trotz aller Probleme gut da. Wir bräuchten nun nur noch diejenigen Politiker und Journalisten, die diesen Befund auch an die Öffentlichkeit tragen und aufwärts geht's!

Rezension:

„Was Sie immer schon über die ‚Energiewende‘ wissen wollten“ Keine Angst vor dem Klimawandel - von Helmut Waniczek

VON LÄTTIA CAPUCCI



Rezension: „Was Sie immer schon über die ‚Energiewende‘ wissen wollten Keine Angst vor dem Klimawandel!“ von Helmut Waniczek

ISBN: 978-3-87336-815-6, Euro 19,99

Dem promovierten Chemiker und Autor Helmut Waniczek ist mit seinem jüngsten Werk über die vielen Aspekte und vor allem über die wissenschaftlichen (nicht die politischen!) Zusammenhänge des „Klimawandels“ eine griffige Zusammenstellung zu diesem Themenbereich gelungen.

Geholfen haben ihm dabei fünf weitere Autoren, die nicht minder qualifiziert Kenner der Materie sind. Alle Autoren wissen, worüber sie schreiben, darauf kann der geneigte Leser sich verlassen.

Nach einem wichtigen kurzen Überblick über die Energiepolitik in Deutschland im Zeitraum von 2000 bis 2023 gibt es in 17 Beiträgen, verteilt auf knapp 200 Seiten, wahrheitsgemäße, auf wissenschaftlichen Daten und Messungen basierende, Informationen u.a. zu den Themen Erderwärmung,

„Erneuerbare Energien“, Windenergie, Wasserstoff – der Retter der Energiewende?, Fracking, Wärmepumpen.

Am Artikel über Wärmepumpen und ihre Wirkungsweise lässt sich exemplarisch darstellen, wie kompetent, wahrheitsgetreu und wissenschaftlich fundiert jeder einzelne Artikel erstellt wurde. Der Leser erfährt, wie eine Wärmepumpe funktioniert und welche Arten von Wärmepumpen es gibt. Er kann dem Artikel auch entnehmen, welche Wärmepumpe für ihn möglicherweise am besten wäre. Wichtig sind in

diesem Zusammenhang auch die Informationen über die einzelnen Wirkungsgrade der verschiedenen Wärmepumpen.

Für den Verbraucher sind die auf ihn zukommenden Kosten natürlich auch relevant und auch dazu (Stand Mitte 2023) äußert sich der Autor. Dabei erfährt der Leser aber auch, dass eine Gasheizung u.U. am günstigsten ist.

Wer sich schon immer eine zusammenhängende und objektive Darstellung zum Thema „Klimawandel“ gewünscht hat, wird nicht enttäuscht.

14 | Lokales

Kürten

Lösungsperspektive für das Splash-Dilemma

VON PETER BERGHOFF



Foto von © Gábor Adonyi auf Pixabay

In der Kürtener Ratssitzung am 13.12.2023 stand der Punkt „Zukunft des Splash-Bades“ ohne weitere Informationen auf der Tagesordnung. Das Splash-Bad, 1996 für 15 Millionen DM in Kürten erbaut, entsprang der damaligen Mode der Badelandschaften, die solche Bäder an vielen Stellen Deutschlands hervorsprießen ließ. „Zu groß und zu teuer für das kleine Kürten“ war die damalige Kritik, die sich politisch jedoch nicht durchsetzen konnte.

Bei jährlich einer Millionen DM Subvention zog der Rat 2007 die Reißleine und privatisierte das Bad. Die Abzahlung bis dahin aufgebauter Altschulden dauerte

bis 2018, brachte Kürten in die Haushaltssicherung und bedurfte einer finanziellen Kraftanstrengung.

Der Ärger um das Splash-Bad war damit aber nicht passé, denn das Bad brauchte weiterhin kontinuierliche Finanzspritzen. Zuletzt reichten 300.000€ für das Schulschwimmen und 264.000€ Betriebskostenzuschuss für den Unterhalt nicht mehr aus, weshalb der aktuelle Besitzer Kabakci den Vertrag kündigte.

Mit dieser Vorgeschichte schien der Tagesordnungspunkt unter keinem guten Vorzeichen zu stehen. Mit Alexander Steffens konnte Bürgermeister Willi Heider aber einen neuen Investor

vorstellen, der mit geändertem Konzept das Grundstück übernehmen möchte. Langfristig soll das Splash dabei abgerissen und durch einen Hotelkomplex ersetzt werden.

Ein für das Schulschwimmen geeignetes Bad soll dabei erhalten bleiben, sodass dieses Angebot den Kürtener Bürgern weiterhin zur Verfügung steht.

Das derzeitige Konzept soll dabei zunächst fortgesetzt werden, um belastbare Zahlen für die kommende Planung zu sammeln.

Alles in allem erschien Steffens damit als Weißer Ritter, der Kürten von dem nun fast 30 Jahre

andauernden Fiasko erlösen könnte. Dennoch war die Stimmung im Rat nur verhalten optimistisch, war der Unterschied zwischen schillernder Vorhersage und eintreffender Realität doch oft zu groß, zuletzt mit dem Umbau der Gesamtschule, der das finanzielle Fiasko des Splash-Bades als jugendliche Kapriole erscheinen lässt.

Nicht zu Unrecht, wie sich herausstellte, denn Recherchen ergaben, dass Steffens verschiedenen unseriösen Projekte durchgeführt hat und gilt daher als nicht mehr vertrauenswürdig. Das erhoffte Ende dieser Unglücksgeschichte ist also noch nicht erreicht.

Politik muss über 350% Kostensteigerung entscheiden Ob die 94 Millionen € für die „Klimafreundliche Modellsanierung der Gesamtschule“ dem Bildungsniedergang entgegenwirkt?

VON PETER BERGHOFF

Seit 2018 ist die Sanierung der Gesamtschule Kürten Thema in der Gemeinde. Im Januar 2024 ist ein „Haltepunkt“ erreicht, an dem die Politik aufgrund der explodierenden Kosten über den Weiterbau entscheidet.

Unter „<https://kfmgms-kuerten.de/historie/page/3/#page-content>“ ist der Planungsverlauf über das Internet einsehbar. Dabei auch die erste Kostenschätzung mit 25,9 Mio. €. Über 26,9 Mio.€, 34,1 Mio.€, 56,0 Mio.€, 87,5 Mio.€ stiegen die Kostenschätzungen auf jetzt 94,0 Mio.€. Das ist eine Steigerung um 350%, über deren

Ausgabe nun politisch entschieden werden muss. Nicht ganz die 1040% Kostensteigerung der Elbphilharmonie unter dem damaligen SPD-Oberbürgermeister Olaf Scholz, aber immerhin.

Kaum zu glauben, aber 1913 wurde der Regentbau in Bad Kissingen für 3,4 Mio. Mark (etwa 20 Mio. €) in zwei Jahren völlig ohne Kostensteigerung gebaut. Heute ist ein solcher Verlauf undenkbar.

Der Name des Kürtener Projektes ist Programm für die Sanierung.

Die damaligen Förderanträge fokussierten auf die energetische Sanierung des Gebäudes aus den 70er Jahren. Allein die Förderung wurde nicht gewährt und somit muss die Gemeinde die Kosten selber stemmen. Nach erschreckend kurzen 50 Jahren ist der Großteil der Bausubstanz zu marode, um ihn zu sanieren.

Ob das kommende Gebäude eine längere Lebensdauer haben wird, darf in Zweifel gezogen werden. Besonders prekär ist dabei, die Schulden werden über 90 Jahre abgetragen. Die Kürtener werden also voraussichtlich noch 40 Jahre

nach der Lebensdauer des neuen Gebäudes abbezahlen müssen. Neben der baulichen Sanierung stellte eine Bedarfsanalyse für die 1.200 bis 1.300 Schüler der Gesamtschule ein Defizit von ca. 100 m² Klassenfläche fest, so der damalige Projektleiter Bormann. Deren Umrechnung auf die Gesamtkosten mit 940.000€ pro neuem Quadratmeter ist sicher nicht gerechtfertigt, weil die Aufarbeitung vernachlässigter Erhaltungsmaßnahmen berücksichtigt werden muss.

Letztlich spiegelt diese Zahl aber die dysfunktionalen

Entscheidungen aktueller Politik wider. Denn das Umsetzen aktueller Modeerscheinungen, gepaart mit dem Fokus auf Fördergelder, die auch durch Steuerzahler erwirtschaftet werden müssen, führt zu Entscheidungen, die letztlich das finanziell Machbare überschreiten. Insofern spiegelt Kürten den Wahn heutiger Bundespolitik unter anderen Vorzeichen wider.

Dem Niedergang der deutschen Bildung wird diese Ausgabe sicherlich nicht entgegenwirken.

Gesamtschulsanierung, Flüchtlingskosten, Neubauten Gemeinde manövriert sich in die Finanznot

VON PETER BERGHOFF

In den letzten Monaten kam es knüppeldick für die Kürtener Bürger.

In zwei Bürgerversammlungen stellte Bürgermeister Willi Heider die Pläne für Flüchtlingsunterkünfte in Bechen, Broich und Biesfeld vor.

Aufgrund der erhöhten Zuteilungen von zusätzlichen 185 Migranten sowie auslaufenden Mietverträgen für 150 Plätze sieht er derzeit ein Defizit von 335 Unterbringungsmöglichkeiten, die es zu kompensieren gilt.

Die ausgewählten Standorte richten sich dabei nach dem

technisch und rechtlich Möglichen. Die Infrastruktur muss passen und das Grundstück zur Verfügung stehen.

Das reduziert die Möglichkeiten und führt dazu, dass selbstgesteckte städtebauliche Entwicklungsziele über Bord geworfen werden und die Größe der Unterkünfte weit über das sozialverträgliche Maß hinausgeht. Selbst feste Gebäude sollen errichtet werden, um Platz für die eigentlich nur temporär Unterzubringenden zu schaffen und Handlungsfähigkeit abzusichern.

Dabei verweist die Verwaltung auf deren Verpflichtung zur

Unterbringung nach dem Königsteiner Schlüssel.

Kürtten setzt dabei auf die vorausseilende Schaffung von Kapazitäten für „Geflüchtete“ und ignoriert die auf Bundesebene bewusste Unterstützung und Finanzierung der Massmigration nach Deutschland, die von vielen Juristen als illegal bezeichnet wird. Damit unterstützt Kürten de facto die Massmigration und die damit auftretenden eigenen Probleme.

Dass es auch anders geht, zeigt die Gemeinde Greiling im Kreis Bad Tölz-Wolfratshausen, Bayern. Gegen die Zwangszuweisung hat der Bürgermeister geklagt und

vor dem Münchener Verwaltungsgericht Recht bekommen. Unabhängig davon zwingt niemand die Kürtener Ratsherren, gegen Kürtener Interessen zu entscheiden.

Das erfordert jedoch Rückgrat, ist doch der Ärger mit multikulturellen Ideologen vorprogrammiert.

Aber nicht nur für die Umsetzung einer multikulturellen Gesellschaft sollen die Kürtener zahlen, auch gegen den globalen Klimawandel werden sie mit jetzt 94 Millionen Euro zur klimafreundlichen Modellsanierung der Gesamtschule zur Kasse gebeten. Deren Kosten sind von

anfangs 26 Millionen um 360% gestiegen. Dabei hat sich die Gemeinde in eine finanzielle Zwickmühle manövriert, aus der es jetzt kein Entrinnen mehr gibt.

Die Folge dieses Handelns ist eine Grundsteuererhöhung von 600% in 2023 auf 1200 bis 1600%, je nach Tilgungskonzept.

Weder dem Weltklima noch dem globalen Frieden wird Kürten durch diesen finanziellen Aderlass geholfen haben.

Man kann also mit Fug und Recht behaupten, dass die Mittel letztlich nutzlos verschwendet werden.

Bergisch Gladbach

Allgemeine Vertretung des Landrates in RBK Doppelter Salto und zurück

VON PETER BERGHOFF

Die Amtszeit des allgemeinen Landratsvertreters im Rheinisch-Bergischen Kreis endet am 01.06.2024. §47 der Kreisordnung NRW sieht die widerrufliche Bestellung eines leitenden Beamten vor, ermöglicht aber auch die Wahl eines Kreisdirektors mit acht Jahren Amtszeit. Letztere Variante sieht der Rheinisch-Bergische derzeit vor und hat mit Herrn Dr. Erik Werdel einen ausgezeichneten Vertreter, der mit hohem Engagement während der Corona-Zeit die Maßnahmen organisiert hat. Dass diese letztlich wirkungslos waren und der Gesellschaft mehr

geschadet als genutzt haben, kann ihm nicht zum Vorwurf gemacht werden.

Trotz dieser Expertise beschloss die Koalition aus CDU und Grünen den Posten zukünftig frei zu vergeben und Herrn Dr. Werdels Amtszeit damit nicht zu verlängern. Begründet wurde dieser Schritt mit einer flexibleren Handhabung in der Vertretung. Allerdings liegt die Vermutung nahe, dass auch machtpolitische Gründe existierten.

Kurz vor der beschließenden Kreistagssitzung am 07.12.2023 ließ der Personalrat ein Schreiben

an die Fraktionen verteilen, in dem er sowohl die Stelle eines Kreisdirektors unterstützte, da mit der asymmetrischen Wahlperiode einem neuen Landrat immer eine erfahrene Kraft zur Seite steht, als auch die Person des Dr. Werdel befürwortete, wobei sie ihn sowohl fachlich als auch menschlich als kaum zu ersetzenden, hochkompetenten Beamten ansehen.

Mit dieser bis dato einmaligen Stellungnahme in politischen Personalangelegenheiten machte er auf die Bedeutung dieser Entscheidung aufmerksam. Eine

Vielzahl von Mitarbeitern unterstützten Dr. Werdel auch während der Kreistagssitzung durch ihre Präsenz als Gäste.

Diesem Druck war die Koalition nicht gewachsen und zog den Antrag auf Änderung der Hauptsatzung zurück. Offenbar war auch der Rückhalt in den eigenen Reihen nicht ausreichend. Als Konsequenz trat der Fraktionsvorsitzende der CDU, Johannes Dünner, zurück.

Am 20.12.2023 erfolgte dann die Rolle rückwärts. CDU und Grüne reichten einen Antrag auf Wiederwahl von Dr. Werdel ein. Für die Kreisverwaltung ist das

sicherlich die beste Entscheidung, bleibt doch ein erfahrener, loyaler und kompetenter Beamter erhalten. Die Koalition aus CDU und Grünen hat dem Kreis aber enormen Schaden zugefügt.

Denn das Vertrauen der Verwaltungsmitarbeiter dürfte erheblich gestört worden sein. Ebenso tritt eine desaströse Personalstrategie zutage, die offensichtlich nicht das Wohl der Verwaltung ins Zentrum stellt, und schließlich scheint es im Gebälk der Koalition zu knirschen. Man darf gespannt sein, wie es weiter geht.

Rösrath

Stadtratssitzung mit viel Bürgerbeteiligung wegen Asylantenheims

Circa 90 Bürger waren am 15. Januar in der Rösrather Stadtratssitzung erschienen und wollten ihre vorab eingereichten Fragen zu dem neugeplanten Asylantenheim an der Brander Straße nahe der Wahner Heide unter dem Tagesordnungspunkt "Einwohnerfragen" beantwortet

haben. Damit war die Stadtverwaltung unter der Leitung der Bürgermeisterin (Grüne) etwas überfordert. Die Bürger sollten vertröstet werden auf eine nicht-terminierte Informationsveranstaltung. Protest kam auf, dass man nicht informiert werden, sondern

mitdiskutieren, mitentscheiden wolle. Die Rede ist von 72 Asylanten, für die in Rösrath nun weiterer Wohnraum geschaffen werden soll.

Da Rösrath bereits mehreren Hundert Asylanten Zuflucht gewährt, scheint die

Geduld der Bürger, vorrangig natürlich die der Anwohner, nun an Grenzen zu stoßen.

Die Fragen sind vielfältig und drehen sich um die Themen Sicherheit, Schädigung des Naturschutzgebietes und auch eine befürchtete irgendwann

folgende Erweiterung der Containeranlage.

Schließlich wurde noch während der Stadtratssitzung der 19.2. um 18 Uhr als Termin für eine Informationsveranstaltung festgelegt, der Ort wird noch festgelegt und bekanntgegeben (HTR)

Burscheid

Was ist los in und um Burscheid - Rückblick und Vorausschau

VON DORIS HEINE



Foto von © I-f-GE

In Burscheid hat sich durch das IEHK (Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept) in den letzten Jahren städtebaulich einiges verändert.

Ob das immer sinnvoll oder notwendig war/ist, sei dahingestellt. Die Veränderungen werden sichtbar am Sparkassen-vorplatz, auf der Oberen und

Mittleren Hauptstraße sowie am Innenstadtpark West. Neue Wohngebiete sind im Bereich Hauptstraße (neben Aldi Süd), im Innenstadtbereich, hinter dem Hallenbad, in der Montanusstraße und in Ösinghausen entstanden.

Und es soll noch mehr passieren: der Umbau des Hauses der Kunst (Fertigstellung Mitte 2025) angepeilt, die Umgestaltung der Unteren Hauptstraße (Kirchenkurve) und nicht zu vergessen und von den Burscheidern lange erwartet – die Baumaßnahmen in der Montanusstraße. Dort soll nun nach langer Zeit neben EDEKA auch endlich ein Drogeriediscounter (DM) seinen Platz finden.

Doch was wird mit dem Einkaufsbereich unter dem REWE? Hier stehen schon seit

Monaten Ladengeschäfte leer. Unsere Bauern haben sich den landesweiten Protesten angeschlossen, die Belegschaft von Adient demonstrierte (leider bisher erfolglos) für Tariflöhne. Die Kita Sträßchen wird soll im Frühjahr fertig werden und ab August richtig starten. Sie wird mehr als 90 Kindern Platz bieten. Kontaktaufnahme und Anmeldung ist über das Online-Portal „Little Bird“ möglich. Die finanzielle Unterstützung der Ukraine bei der Verteidigung ihres Landes und die steigenden Energiepreise haben Folgen: 165 Familien sind Kunden an der Montanusstraße.

Es gibt immer noch keine überzeugende Verkehrskonzept-Lösung für die Straße Müllersbaum, den schon lange diskutierten Kreisel am Eichenplätzchen oder die Beseitigung der Straßenschäden

in und um Burscheid. Was ist eigentlich aus den Plänen für Hilgen geworden? Sollte für das Hotel Heyder nicht ein Lidl kommen und an der Kreuzung Kölner und Witzheldener Straße ein Kreisel entstehen? Derzeit ist die Unterbringung von ca. 30 Flüchtlingen für die Dauer von 2 Jahren im ehemaligen Hotel Heyder bei Bedarf vorgesehen. Und wie sieht es mit dem Straßenausbau in der Rosendelle aus?

Die infolge der Flutkatastrophe zerstörte Brücke, die den alten mit dem neuen Friedhof (Löhfeld) verbindet, ist nach 3 Jahren immer noch gesperrt! Sollten sich unsere Stadtväter nicht mehr auf das wirklich Nötige konzentrieren und nicht auf Prestige- bzw. „woke“ Projekte setzen? Sind die Kassen so gut gefüllt, um diese Ausgaben stemmen zu können?



Foto von © I-f-GE



Foto von © I-f-GE



Foto von © I-f-GE

Wermelskirchen

VON MACRUS SCHMIDT

Stadt Wermelskirchen sucht weitere Unterkünfte für Flüchtlinge



Foto von © I-f-GE

Die Stadt macht sich wieder einmal bereit, weitere zugewiesene Flüchtlinge aufzunehmen, weil das so vorgeschrieben ist. Man möchte von Seiten der Stadt jetzt dafür den Obi-Standort an der B51 in Tente für viel Steuergeld mit der Begründung anmieten, dass eine Zwangs-Unterbringung in Turnhallen vermieden werden kann. Bislang hat die Stadt zahlreiche Liegenschaften angemietet oder gekauft, sodass auf diesem Wege die bisher zugewiesenen Personen

dezentral und über das gesamte Stadtgebiet verteilt untergebracht werden konnten", erläuterte Sozialamtsleiterin Tanja Dehnen lt. RP-Online aber:

„Der freie Wohnungsmarkt sei weitestgehend ausgeschöpft, sodass aktuell keine nennenswerten Kapazitäten zur Anmietung oder zum Ankauf zur Verfügung stünden.“

Man sieht sich aber weiterhin verpflichtet, Flüchtlinge anzunehmen, die zugewiesen würden. Für dieses Vorhaben mit OBI hat der Wermelskirchener

Stadtrat in nicht-öffentlicher Sitzung gegen die Stimmen der AfD grünes Licht gegeben. Dass die Bevölkerung keine Flüchtlinge mehr will, interessiert den Stadtrat dabei nicht. Er macht alles, was er angeblich „machen muss“, so wie er es seit Merkmals Ideen immer wieder macht.

Parallel, vermutlich, lediglich um ihr Gewissen zu beruhigen, schreiben Bürgermeister und Landräte Brandbriefe Richtung eigener Parteifreunde in der Regierung und „fordern“ nach vielen Jahren des Zuschauens und Abarbeitens jetzt plötzlich ein Ende der katastrophalen Asylpolitik. Überraschend ist auch, dass sie neuerdings die nicht endend wollende Aufnahme von Flüchtlingen, aber auch vielen Glücksrittern, wie die Ablehnungen entsprechender Asylanträge zeigen, als nicht ganz verfassungskonform einstufen.

Allerdings scheint man sich für diese Forderungen in Berlin offensichtlich nicht so wirklich zu interessieren. Man tut aber so, als würde man sich kümmern, um

irgendetwas auf die lange Bank zu schieben, offenbar um vollendete Tatsachen zu schaffen, warum auch immer.

Langsam sollte in den Städten, Gemeinden und Landkreisen die Erleuchtung einkehren, dass es irgendwann oder auch sehr bald ein dramatisches Ende dieser Politik geben muss und wird. Aber auch vor diesen schlechten Aussichten steckt man den Kopf in den Sand, ignoriert alles einfach, und plant wie so oft in der Not ein Wunder ein. Man kümmert sich jedenfalls nicht um den Willen der Bürger, die weitere Zuweisung von Flüchtlingen ablehnen. Man will einfach keine weiteren Asylanten mehr im Land. Man möchte weder für ihren Unterhalt, für Prozesskosten usw. zahlen, noch möchte man sie grundsätzlich in ihrer Nähe haben.

Die Kriminalitätsraten sind im Vergleich zu deutschen Straftätern deutlich höher, in machen Städten wird inzwischen gewarnt Mädchen nur noch ganz bestimmte Straßen für den Schulweg zu benutzen und vieles mehr. Die Menschen

fordern Sicherheit ein und akzeptieren einfach nicht mehr, dass Vertreter der gescheiterten Regierungsparteien im Stadtrat über ihre Köpfe hinweg entscheiden. Sie fordern, dass endlich auch kommunal im Stadtrat harte rote Linien gezogen werden und jede weitere Aufnahme von Flüchtlinge einfach verweigert wird, um Zeichen zu setzen.

Wie kann es sein, dass die Regierung das Grundgesetz missachten darf und die Kommunen müssen auf dieser Grundlage und gegen den Willen der Bevölkerung etwas umsetzen. Warum stimmen nicht alle Parteien der Stadt dagegen? „Wermelskirchen nimmt niemanden mehr auf!“ Das sollte kommuniziert werden.

Stattdessen wurde im Kreistag des Rheinisch-Bergischen Kreises ein AfD-Antrag auf Stopp der Flüchtlingsaufnahme auch von Wermelskirchener Kreistagsmitgliedern abgelehnt. Im Umkehrschluss möchte man mehr Flüchtlinge. Die Bürger sind ratlos?

Leserbriefe

Greenpeace für Frieden oder lieber doch nicht?

Ich kann gar nicht mehr ohne Blutdruckerhöhung durch Köln gehen... deshalb dieser Brief.

Früher Abend in Köln:

Ich komme über den Wallrafplatz geschlendert.

Da hat sich Greenpeace mit einem großen Friedenszeichen

aus Kerzen auf dem Boden und mit Banner aufgebaut

"Für den Frieden".

Mir fällt dazu nur die ehemalige amerikanische Greenpeace-chefin Jennifer Morgan ein, die im Eilverfahren gegen alle Gesetze in Deutschland

eingebürgert wurde, um jetzt im Bundestag für Annalena Baerbock arbeiten zu können. Aber die Grünen haben ja derzeit mit Frieden wenig am Hut!

Ich gehe also zu einem zurechnungsfähig aussehenden Bannerhalter und frage ihn: "Aha, also ist Greenpeace gegen

Waffenlieferungen in Kriegsgebiete?!"

Sagt er nach Gestammel: "Äh, das kann man so nicht sagen. Das ist natürlich ein komplexes Thema".

"Ja klar" sag ich, "das können Sie nicht sagen".

Sagt er noch: "Wir sind heute Abend eher hier, um ein Zeichen für den Frieden in der ganzen Welt zu setzen und nicht zum Diskutieren". Ich hab gesagt: "Jaja, dann machen sie mal" Keine weiteren Fragen.

Claudia Kemper, Rösrath

Ein Treffen in Potsdam – was kann man alles daraus machen?

Ein Treffen von konservativen Politikern wurde durch Correctiv künstlich skandalisiert und Informationen durch Medien willfährig übernommen und weiter dramatisiert.

Das alles dient dazu, den Wunsch linker Politiker zu erfüllen, die konservative Konkurrenz aus den politischen Feld zu entfernen.

Das sogenannte Medienhaus Correctiv, dessen Recherche gerade überall debattiert wird, ist einfach nur eines der vielen Büttel, von der internationalen Finanzwirtschaft und grünen Milliardären finanziert, um die Gegner dieser globalen Finanzindustrie klein zu halten. Es gab kein Geheimtreffen und keinen Masterplan. Wie auf Kommando hat fast die gesamte Mainstreampresse diese gefakete Story übernommen.

Die Regierung hat sich an die Spitze von Demonstrationen gegen Rechts (gemeint ist die AfD) gestellt, obwohl auch CDU-Politiker in Potsdam zugegen waren. Der Staatsfunk hat sein

Programm geändert, was üblicherweise nur in Fällen von Militärputsch, Terror und Naturkatastrophen passiert, wenn überhaupt.

Das alles war ganz offensichtlich von langer Hand generalstabsmäßig geplante Kampagne.

Dabei ist so gut wie alles Fake. Correctiv ist kein unabhängiges Medienhaus und die Correctiv-Mitarbeiter sind keine Journalisten.

Correctiv ist eine von linken Politikern und grünen Milliardären geförderte Organisation zur Bekämpfung politischer Gegner und die Journalisten sind linksextreme Aktivisten.

Eine zentrale Figur in der Correctiv-Kampagne ist Jean Matthias Francois Peters, ein Linksextremist und Gewalttäter. 2016 hat genau dieser Herr Peters Frau von Storch in Kassel mit einer Torte körperlich attackiert und genau deswegen steht sie bis heute unter staatlichem

Polizeischutz.

Der Mann ist gefährlich. Aber auch die Unabhängigkeit von Correctiv ist Fake. Correctiv selbst gibt zu, dass ohne die Initialförderung (3,5 Mio in den ersten 4 Jahren) durch die Brost-Stiftung der Aufbau nicht möglich gewesen wäre.

Vorsitzender der Brost-Stiftung ist der frühere Wahlkampfmanager der SPD, Bodo Hombach.

Das Geld stammt aus der Hinterlassenschaft der Milliardärin Anneliese Brost, Gesellschaftlerin der SPD nahestehenden WAZ-Gruppe.

Correctiv ist also angenommen die zweite SPD-nahe Parteistiftung, gegründet, um den politischen Gegner zu bekämpfen.

Bei Correctiv zeigt sich aber auch noch mal besonders deutlich die Vernetzung der Linken mit der globalen Finanzindustrie. Im Jahr 2018 stieg der US Milliardär Omidyar und seine

Luminate Stiftung in die Finanzierung ein. Spendete 2,8 Millionen Euro. Omidyar gehört auch zu den Groß Spendern der US-Demokraten und der Anti-Trump-Kampagne.

Er gehört zu Bill Gates Milliardärsnetzwerk Giving Pledge. Er ist Gründer der Online Plattform eBay. Hauptaktionäre von ebay sind Vanguard, Blackrock und State Street.

Die Hintermänner von Correctiv sind auch eng mit dem Graichen-Clan verbunden. Die Mercator Stiftung der Metro-Milliardäre z.B ist ebenso mit 640.000 Euro Großspender von Correctiv.

Mercator finanziert zusammen mit der European Climate Foundation des US-Lobbyisten Hal Harvey die Agora-Energiewende. Die Agora-Energiewende hat das Wärmepumpengesetz für Habeck ausgearbeitet.

Wir erinnern uns; das heißt der eine Arm der Krake schreibt der

Ampel die Gesetze, der andere Arm der Krake bekämpft die politischen Gegner der Ampel. Correctiv ist Teil eines Netzwerks aus NGOs, Plattforminitiativen und Vorfeldorganisationen, die vor allem ein Ziel haben:

Die Demokratie zu unterminieren und die Macht und den Einfluss mächtiger Lobbyinteressen im Hintergrund zu sichern. Die AfD deckte die Macher-schaften der grünen Milliardäre und ihres politischen Kartells auf.

Das gefährdet natürlich deren Agenda, ebenso wie Wahlerfolge der Opposition. Darum schlägt das Imperium jetzt zurück.

Das Imperium aus internationaler Finanzindustrie, grüner Milliardäre und linker woker williger Vollstrecker im deutschen Mainstream. Sie haben alle keine Angst um die Demokratie - die haben Angst vor der Demokratie.

Quelle: <https://youtu.be/59FglM33wiA> Werner Schneider, Köln

Die Bonten Kerken - zu hochdeutsch "Bunten Kirchen" - Lieberhausen

VON JOHANN FEHNER



Foto von © I-f-GE

Die Bonten Kerken - zu hochdeutsch "Bunten Kirchen" - Lieberhausen von „Das Bergische“ Sie verlangen von den Besuchern den steten Blick nach oben. Diese meist einfachen Kirchen mit ihren mittelalterlichen Deckenmalereien, sind in Deutschland fast ausschließlich im Bergischen Land erhalten geblieben. Entstanden sind die Kirchen meist in der Zeit zwischen dem 11. und dem 13.

Jahrhundert. Die Kirchen wurden bereits kurz nach dem Bau zu Lehrzwecken mit religiösen Motiven ausgemalt, damit auch dem bäuerlichen Teil der Bevölkerung, der weder lesen noch schreiben konnte, biblische Inhalte vermittelt werden konnten.

Die Gemälde überdauerten auch die Reformationszeit - viele wurden im Laufe der

Jahrhunderte ergänzt oder es wurden sogar neue Bilder hinzugefügt.

Heute sind alle Bonten Kerken liebevoll restauriert. Sie bieten in ihrer Schlichtheit und der Farbigkeit einen edlen Kontrast zu den oft besonders prunkvollen Domen und Wallfahrtskirchen der Umgebung.

In Lieberhausen sind u. a. die Schöpfung, der Sündenfall, der Drachenkampf St. Georgs, das jüngste Gericht und die Geschichte Johannes des Täufers zu sehen. Die "Bonte Kerke" ist eine dreischiffige romanische Pfeilerbasilika.

Im Laufe der Zeit erfuhr sie einige An- und Umbaumaßnahmen im spätgotischen Stil. 1586 erfolgt die Einführung der Reformation. Danach werden die Malereien durch neue ergänzt, sodass hier - einzigartig im Rheinland - Bilder aus vor- und aus nachreformatorischer Zeit zu finden sind.

Besonders empfehlenswert ist der Landgasthof Reinhold direkt neben der "Bonten Kerke".

Sowohl Übernachtungsmöglichkeiten als auch gut bürgerliche Küche werden geboten.

Unbedingt die Lieberhäuser Spezialität, den Eierkuchen, probieren!

Der Ort Lieberhausen ist mehrmaliger Preisträger von "Unser Dorf soll schöner werden" und wirklich sehenswert mit seinen verwinkelten Gassen und alten Fachwerkhäusern.

Informationen für Gruppen Gruppen werden gebeten, sich anzumelden:

Ansprechpartnerin für Führungen: Monika Kretschmer, Telefon 02763 7246. Gerne organisieren wir für Ihre Gruppe eine Führung in dieser oder mehreren Kirchen.

Bitte kontaktieren Sie und unter der Rufnummer 02204 843042.

Gruppengröße: max. 50 Personen
Dauer: pro Kirche ca. 45 - 60 Minuten



Foto von © I-f-GE



Foto von © I-f-GE

Rätseltouren

VON "DAS BERGISCHE"



Bild von Thomas auf Pixabay

Das geheime Manuskript und die verschwundene Rose
Ein spannendes Spiel für Freunde, Familie und Betriebsausflüge.

Wandern und Rätsel lösen können Sie jetzt auf dem Bergbauweg in Rösrath und am Altenberger Dom (barrierefreie Tour).

Sie müssen nur den Rucksack mit dem Zubehör finden und können starten. Das klingt spannend? Dann legen Sie los und buchen Sie eine Tour!

Die Story

Es war einmal ein Mönch namens Ansgarus, der im Kloster von Altenberg lebte. Eines Tages fand er eine verwelkte weiße Rose auf dem Weg zum Kloster. Er nahm die Rose und pflanzte sie in seinen Garten. Der Mönch kümmerte sich liebevoll um die Rose und bald begann sie wieder zu blühen.

Ansgarus lebte noch viele Jahre in Altenberg und kümmerte sich

weiterhin um die weiße Rose.

Als er schließlich starb, wurden seine sterblichen Überreste auf dem Friedhof des Klosters begraben, und die Rose wurde neben sein Grab gepflanzt. Doch vor ein paar Jahren wurde diese Rose entwendet, und seitdem soll bei Vollmond der Geist des Mönchs Ansgarus im Kloster Altenberg auferstehen und die Gärten auf der Suche nach der weißen Rose durchstreifen.

Die Legende der weißen Rose faszinierte eine junge Frau namens Marie, die beschloss, das Kloster zu besuchen und die Rose zu finden. Im Inneren hörte sie eine geisterhafte Stimme, die sie zum Altar führte, wo sie eine verblasste weiße Rose fand.

Plötzlich erschien der Geist des Mönchs Ansgarus und bat Marie, die Rose an einen bestimmten Ort zu bringen, um wieder Frieden zu finden. Nachdem sie zustimmte, fiel sie in Ohnmacht und als sie wieder aufwachte, war die Rose verschwunden.

Seitdem hat niemand mehr die Rose gesehen, aber der Geist von Ansgarus wandelt noch immer in

Altenberg umher.

Können Sie das Versteck der Rose finden, Ansgarus wieder seinen Frieden bringen und Altenberg wieder zu dem machen, was es einst mal war?

Weitere Informationen

• **Preis:** ab 20 Euro pro Person (inkl. Rucksack und Zugang für die Webseite mit den Rätseln) oder 10 Euro für die TOGO-Version (ohne Rucksack, hier werden alle Infos per Mail verschickt)

- **Inhalt des Rucksacks:** 0,5 Liter Wasser, wichtige Utensilien, ein kleiner Snack und ein einzigartiges Erlebnis
- **Dauer:** ca. 2 Stunden
- **Start:** Eugen-Heinen-Platz vor dem Altenberger Dom-Laden
- **Barrierefreiheit:** der Weg ist barrierefrei und kann von Rollstuhlfahrern oder Kinderwagen gut genutzt werden.

<https://www.dasbergische.de/ausflugsziele-geschichten/geschichten/raetseltouren>



Die Auflösung des Kreuzworträtsels von Seite 23:

T E D G U M R O M R A M S R E N E I E

LVR Heimatmuseum Lindlar

VON LÄTTIA CAPUCCI

Sicherlich haben Sie schon viel Positives über das bergische Heimatmuseum vor den Toren Bergisch Gladbachs gehört oder gelesen. Sie waren aber noch nicht dort? Das geht gar nicht!

Diese Museum bietet auch ohne Führung eine Menge Interessantes und auch Kurioses, das den einen oder anderen an die Kindheit oder die

Erzählungen der Großeltern erinnert. Es gibt Wohnhäuser, die in einem Zeitrahmen von 200 Jahren zeigen, wie die Menschen hier in der Region gelebt und gearbeitet haben. Oftmals waren die Bereiche Leben und Arbeiten unter einem Dach untergebracht, wie z.B. an der Bandwebmaschine zu sehen ist.

Es gibt auch ein Schulhaus, das liebevoll daran erinnert, wie

Generationen von Schülerinnen und Schülern in einem Klassenraum von einem Lehrer unterrichtet wurden. Der Lehrer hatte es auch nicht weit zu seiner Wirkungsstätte, denn er wohnte über dem Unterrichtsraum.

Auf dem Gelände wird auch ein Gutshaus aus dem Bergischen gezeigt, das man für Seminare, Tagungen und Feierlichkeiten

buchen kann. Hätten Sie das gewusst?

Sollten Sie durstig oder hungrig werden, können Sie sich im Café stärken.

Das aktuelle Programm für 2024 finden Sie auf der Homepage. Im März geht es mit tollen Veranstaltungen für jung und alt los.

Eine kompetente Führung durch eine Historikerin können Sie für ca. 45 Euro buchen.

Der Eintritt beträgt 7 Euro pro Person, aber an jedem ersten Freitag im Monat ist der Eintritt kostenlos!

LVR-Freilichtmuseum Lindlar
Heiligenhoven 16 a
51789 Lindlar
Tel. 02266 471920



Foto von © I-f-GE



Foto von © I-f-GE



Foto von © I-f-GE



Foto von © I-f-GE



Foto von © I-f-GE



Foto von © I-f-GE



Foto von © I-f-GE



Foto von © I-f-GE

Sie haben Interesse, sich bei der Bergischen Freiheit zu engagieren?

Wenn Ihnen die Zeitung gefällt und Sie sich bei dem Projekt engagieren möchten, zögern Sie nicht, uns anzuschreiben: Mail: redaktion@bergische-freiheit.de oder info@i-f-ge.de bzw. auf dem Postweg unter Bergische Freiheit -Redaktion-, Zur Tränke 20, 53819 Neunkirchen-Seelscheid.

Ob Sie uns auf interessante Themen hinweisen möchten, die Sie gerne in der Zeitung wiedersehen würden oder direkt einen Artikel beitragen wollen, ob Sie bei der Verteilung oder in der Administration unterstützen möchten,

wir würden uns freuen, von Ihnen zu hören.

Ihre Redaktion

Impressum Bergische Freiheit:

Verantwortlicher Verleger, Herausgeber und V.i.S.d.P.: Institut für Gesellschaftsentwicklung e.V. - Vereinsregister-Nr.: 558/2022 beim Amtsgericht Köln
vertreten durch: Iris Plehn, Zur Tränke 20, 53819 Neunkirchen-Seelscheid, E-Mail: info@i-f-ge.de - Redaktion: Iris Plehn (verantwortlich)

Spendenkonto: I-f-GE, Kreissparkasse Köln, IBAN: DE87 3705 0299 0320 5556 20, Verwendungszweck: Spende, Ihr Name, Ihre Adresse (für Spendenbescheinigung)
Paypal: info@i-f-ge.de

Presserechtliche Ansprüche im Zusammenhang mit Veröffentlichungen und Anfragen aller Art richten Sie bitte an: redaktion@bergische-freiheit.de

Wurde der von Pfizer verkaufte Corona-Impfstoff niemals zugelassen?

VON DANIEL ZENZ



Bild von Wilfried Pohnke auf Pixabay

Schon seit einigen Monaten häufen sich die Meldungen, dass untersuchte Chargen von Corona-Impfstoffen der Fa. Pfizer sogenannte „Plasmide“ enthalten, deren Ursprung rätselhaft war. Plasmide sind kleine, ringförmige DNA-Moleküle. Sie kommen hauptsächlich in Bakterien vor und werden unter natürlichen Bedingungen

zwischen verschiedenen Zellen ausgetauscht.

Pfizer hat Dokumente über den Herstellprozess der Corona-mRNA-Impfstoffe veröffentlicht, bei dem die mRNA durch einen Polymerase-Kettenprozess vervielfältigt wurde.

Dieser Prozess erlaubt es nur, kleine Mengen der Zielsubstanz herzustellen, aber diese mRNA ist sehr rein.

Die mRNA aus diesem Prozess, bei Pfizer „Prozess 1“ genannt, wurde im Zulassungsverfahren verwendet und zeigte geringe Nebenwirkungen.

Nun hat ein amerikanischer Richter die Fa. Pfizer dazu verpflichtet, alle Dokumente im Zusammenhang mit der Entwicklung und Produktion der Corona-Impfstoffe zu

veröffentlichen.

Die ehrenamtliche Mitarbeiterin von War Room/DailyClout, die Apothekerin Erika Delph, hat nun herausgefunden, dass es bei Pfizer auch noch eine andere Herstellmethode gab, dort „Prozess 2“ genannt.

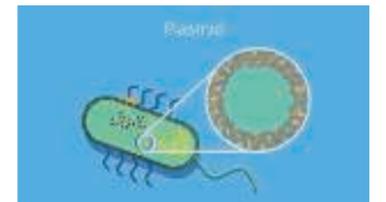
Dieser Prozess zeichnet sich dadurch aus, dass der mRNA-Impfstoff nicht wie in Prozess 1 durch Replikation hergestellt wurde, sondern indem in die DNA von E-Coli-Bakterien das Spikeprotein eingefügt wurde, welches dann in Kulturen wesentlich schneller vermehrt werden kann.

Dieser Prozess hat den Vorteil, dass große Mengen des Impfstoffes hergestellt werden können, aber den Nachteil, dass die Bakterien auch andere Plasmide produzieren, die sich

dann im Impfstoff befinden. Diese Plasmide führen zu starken Nebenwirkungen, was bei Pfizer auch bekannt war.

Trotzdem wurden die so hergestellten Impfstoffe in großen Mengen produziert und Millionen Menschen injiziert. Ein Impfstoff, der niemals zugelassen wurde.

Siehe auch: <https://report24.news/process-2-bisher-geheime-pfizer-zweitstudie-zeigt-massive-probleme-auf-und-war-fda-bekannt>



ZAAVV - was ist das?

VON DR. CHRISTINE MÜLLER



In den letzten Wochen gab es mehrere Meldungen zum „Zentrum zur Aufarbeitung, Aufklärung, juristischen Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen gegen die Menschheit aufgrund der Corona-Maßnahmen“ (ZAAVV).

Ein sperriger Name, was steckt dahinter?

Wie der Name bereits nahelegt, wurde das ZAAVV gegründet, um die staatlich angeordneten Corona-„Maßnahmen“ aufzuarbeiten und zu verhindern, dass sich ähnliches wiederholt.

Es begann mit dem im September 2021 gegründeten „Verein zur Förderung der Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen in demokratischen Staaten“ (VFAMADS). Der Verein akquiriert Spendengelder, nimmt Fördermitglieder auf und schafft die Voraussetzungen für die Gründung des ZAAVV, das sich

laut Homepage [1] noch in der Gründungsphase beendet.

Der VFAMADS hat seinen Sitz in Österreich, Vorsitzender ist der Rechtsanwalt Dr. Alexander Christ.

Zu den Prinzipien des ZAAVV gehören u.a. die „Anerkennung der Existenz von unverrückbaren Menschenrechten (...) als moralisch / naturrechtliche Grundnorm, die auch der demokratischen Willensbildung entzogen sind und (die) eigene Machtbegrenzung im Sinne der Verhinderung, sich selbst zu ‚moralischen Richtern‘ aufzuschwingen“.

Der Verein bekennt sich eindeutig zu den Menschenrechten, den zivilisatorischen Errungenschaften und zum Deutschen Grundgesetz.

Er lehnt Gewalt, Ausgrenzung, Diskriminierung und jede Form von Extremismus strikt ab.

Das ZAAVV geriet in die Schlagzeilen, als es am 10. Dezember 2023 bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe 592 Strafanzeigen einreichte: gegen alle 569 Abgeordneten, die am 10. Dezember 2021 für die „einrichtungsbezogene Impfpflicht“ stimmten sowie gegen weitere Politiker, Richter und andere Personen, die zur Einführung der Impfpflicht im Gesundheitswesen bzw. für Angehörige der Bundeswehr beitrugen.

Das ZAAVV beruft sich dabei auf Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Daraus folgt, dass kein Menschenleben gegen ein anderes aufgewogen werden darf. „Der Staat darf keine generell-abstrakten Normen erlassen, wenn er dabei auch nur in Betracht zieht, dass durch deren Umsetzung Menschen an Leib und Leben zu Schaden kommen werden.“

Das Paul-Ehrlich-Institut hatte bereits im Jahr 2021 bei 78 Verdachtsmeldungen, die einen Todesfall betrafen, einen ursächlichen Zusammenhang mit der Impfung als möglich oder wahrscheinlich bewertet, wie das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung über die einrichtungsbezogene Impfpflicht klarstellte (Beschluss vom 27. April 2022).

Somit wurde durch die Zustimmung und Umsetzung der Impfpflicht im Gesundheitswesen und für die Bundeswehr

bewusst in Kauf genommen, dass ein Teil der betroffenen Bevölkerung gesundheitliche Schäden bis hin zum Tod erleiden würde. Allein im Gesundheitswesen waren 6,5 Millionen Bürger von der Impfpflicht betroffen.

Mittlerweile ist allgemein bekannt, dass die Corona-Impfungen nicht annähernd die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen konnten, aber zu erheblichen Gesundheitsschäden führen können: Herzmuskelentzündungen, Autoimmunerkrankungen, Thrombosen und Embolien, Nervenschädigungen - um nur einige davon zu nennen.

Die meisten dieser potentiellen Nebenwirkungen wurden bereits vor dem Beschluss zur Impfpflicht beschrieben, aber von unserem Gesundheitsminister Karl Lauterbach und weiteren 568 Abgeordneten ignoriert.

Doch es geht nicht nur um die Nebenwirkungen, sondern auch um den viel propagierten „Fremdschutz“, ohne den eine Impfpflicht nicht zu rechtfertigen ist. Bereits in dem am 23.12.2020 veröffentlichten Zulassungsdokument der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) für den Impfstoff von Pfizer/BioNTech heißt es: „Es ist aktuell nicht bekannt, ob der Impfstoff gegen asymptomatische Infektion schützt oder wie er sich auf die Übertragung des Virus auswirkt.“

Inzwischen wurde der fehlende Nachweis eines Fremdschutzes auch durch die Pfizer-Managerin

Janine Small vor dem EU-Parlament und von Emer Cook, Generaldirektorin der (EMA), bestätigt.

Es wurden also nicht nur massive Nebenwirkungen in Kauf genommen, die Impfpflicht wurde beschlossen, ohne dass überhaupt eine Zulassung der Impfstoffe für die Verhinderung der Virusübertragung vorlag! Und dies wurde vom Bundesverfassungsgericht im April 2022 auch noch bestätigt!

Ein anderer Schwerpunkt des ZAAVV ist der Kampf gegen den WHO-Pandemievertrag, der im 2024 beschlossen werden soll. Er beinhaltet u.a. die Legalisierung des Handels mit Krankheitserregern, internationale Impfpflichten und Impfzertifikate und Zensur unpassender Fakten.

Die WHO-Ermächtigung betrifft dabei nicht nur „Pandemien“, sondern alles, was irgendeinen Einfluss auf die Gesundheit haben könnte, so z.B. ein potentieller „Klima-Gesundheitsnotstand“.

Glücklicherweise nimmt der Widerstand gegen diesen Irrsinn auch international zu.

Zum Abschluss möchte ich noch daran erinnern, dass der aktuell beliebteste deutsche Politiker Boris Pistorius trotz all der oben erwähnten Erkenntnisse weiterhin an der Impfpflicht für Angehörige der Bundeswehr festhält.

[1] <https://www.zaavv.com>

20 | Kultur · Geschichte



Der Sängerkrieg auf der Wartburg

VON JOHANN FEHNER



Bild © Denny Franzkowiak von Pixabay

Es soll 1206 gewesen sein, als sich die sieben Sänger Heinrich von

Ofterdingen, der Tugendhafte Schreiber, Reinmar der Alte, Wolfram von Eschenbach und Walther von der Vogelweide, der ein namentlich nicht genannter siebter Sänger, der aber Biterolf gewesen sein soll und schließlich Klingsor von Ungarland zum Sängerkrieg am Hofe des opulentverschwendend lebenden Mäzens Landgrafen Herrmann I von Thüringen (Regierungszeit: 1190 - 1217, gest. 1217) und seiner Frau Sophie trafen.

Schon damals war der Skandal integraler Bestandteil des Mediengeschäftes. Ohne Skandal keine richtige Feier.

Und so widmete sich Heinrich von Ofterdingen (der "unbelehrbare") im „Fürstenlob“, dem ersten Teil des

Sängerkrieges, auch nicht seinem Fürsten, sondern pries die Leistung Leopold von Österreich. Ein Affront sondergleichen, der zunächst mit dem Henker beglichen werden sollte. Berücksichtigt man Corona, scheinen heutigen Künstler wesentlich stärker auf Staatslinie zu achten, auch, wenn als Strafe für abweichende Positionen heute nur der Verlust der Reputation und nicht des Kopfes droht.

Des Landgraphen Ehefrau Sophie stellte Heinrich von Ofterdingen jedenfalls unter ihren persönlichen Schutz und rettete somit wohl nicht nur sein Leben sondern auch die gesamte Aufführung. Genutzt hat es Heinrich nur bedingt, denn er musste Klingsor aus Ungarn als Unterstützung herbeiholen. In Anbetracht des wirtschaftlichen

Verfalls Deutschlands und der prosperierenden Entwicklung Ungarns vielleicht zukünftig wieder eine Strategie, auf die man zurückkommen wird.

Das „Fürstenlob“, der Schwarze Ton mit dem „Rätselspiel“ (Rätselwettbewerb zwischen Klingsor und Wolfram von Eschenbach) und „Aurons Pfennig“ (Anklagen gegen die Geistlichkeit), „Zabulons Buch“ (Fürstenton, Wettbewerb Klingsor – Wolfram) und die „Totenfeier“ (ebenfalls im Schwarzer Ton, Trauer um den Tod des Landgrafen und des Grafen von Henneberg) sind die Teile des Sängerkrieges.

Auch, wenn infrage steht, ob der Sängerkrieg tatsächlich

stattgefunden hat, scheinen seine Rahmenbedingungen auch heute noch aktuelle. Skandale, Liebe, Mythen und Tragödien sind auch bei Netflix fester Bestandteil der Abendunterhaltung. Gleichzeitig strahlte der Sängerkrieg auf nachfolgende Epochen aus.

Wolfram von Eschenbach hat hier Klingsor als großen Sänger, aber auch als Magier eingeführt, der eine Figur aus seinem "Parzival" ist. Die Gralssuche des Parzival wird in späteren Jahrhunderten immer wieder verwendet. Die bekannteste davon ist wohl Richard Wagners 1882 uraufgeführtes, gleichnamiges Musiktheater.

Mit der romantischen Oper „Tannhäuser“ hat Wagner den Sängerkrieg selbst thematisiert.

Katharina die Große und ihr Freiheitsbrief an die Deutschen

VON BORIS VOLKOV



Bild von © wikimedia.org

Was hat das heute nach gut 260 Jahren wieder mit uns zu tun?

Katharina II., auch die Große genannt, wurde am 02.05.1729 als Prinzessin Sophie von Anhalt-Zerbst in Stettin geboren und starb am 17.11.1796 als russische Zarin in St. Petersburg.

Im Januar 1744 begab sich die 15jährige deutsche Prinzessin auf die Reise nach Russland, um dort den Zarensohn Peter III., ihren Cousin zweiten Grades, zu

heiraten. Die Ehe war nicht glücklich und im Verlauf der Regierungszeit Peters III. zeigte sich, dass er auf dem Gebiet der Regentschaft des Riesenreiches auch kein glückliches Händchen hatte.

Deshalb wurde er 1762 von seiner Frau Katharina zur Abdankung „motiviert“.

Katharina krönte man am 09.07.1762 im Kreml in Moskau zur Zarin. Sie regierte 34 Jahre lang mit großem Erfolg das Land.

Bereits am 04.12.1762 (im selben Jahr ihrer Krönung zur Zarin, sie verlor wirklich keine Zeit) schickte sie den sogenannten Freiheitsbrief nach Deutschland.

Darin bot sie ihren deutschen Landsleuten viele moralisch ethische sowie materiell lukrative Vergünstigungen und Verbesserungen deren Lebens und Alltags an, wenn sie denn nach Russland übersiedelten:

Das Recht auf freie Religionsausübung, das Recht auf freie Eheschließung, die Möglichkeit

auf ein freies Leben, freien Grundbesitz zur Bewirtschaftung, mehrere Jahre Befreiung vom Zehnten etc..

Die Zarin sandte sogar Werber nach Deutschland, die gewillten Bürgern zeigten, wie eine solche Übersiedlung zu bewerkstelligen war, und die natürlich Werbung dafür machten.

Doch sie waren nicht in allen deutschen Fürstentümern geduldet und ihre Werbung wurde mancherorts verboten.

Viele Deutsche aber griffen die Gelegenheit beim Schopf und machten sich auf die mehrmonatige Reise.

Es gab zwei Routen. Die nördliche verlief über Polen an die Wolga. Dort siedelten dann die Wolgadeutschen.

Die südliche ging über die Donau nach Rumänien und Moldawien, um schließlich auf dem Gebiet der heutigen Ukraine am Schwarzen Meer zu enden, wo die Schwarzmeerdeutschen siedelten.

Die Motive der deutschen Bürger waren vielschichtig, denn in ihrer Heimat herrschte ein problematisches Erbrecht, besonders im Süddeutschen, Leibeigenschaft, die sie mit ihrer Umsiedlung nach Russland beenden wollten.

Der Grundherr bestimmte alle Facetten ihres Lebens, z.B. welche Religion sie ausüben sollten, wen sie heiraten durften oder eben nicht, wohin sie umziehen durften oder auch nicht.

Denn der Grundherr war so mächtig, wie viele Seelen bzw. Leute er sein eigen nennen konnte.

Es sei denn, man konnte sich frei kaufen, aber wer konnte das schon.

Dies alles geschah vor gut 260 Jahren.

Wer sich ein wenig mit der Geschichte befasst hat, weiß, was es die Menschen, ja gar die Völker gekostet hat, um Freiheit zu erringen und dann wieder zu verspielen und so weiter.

Wer sich ein wenig mit der Gegenwart beschäftigt, und das auch durchaus kritisch und nicht einseitig, weiß, was wir heute wieder hören müssen:

Die Errichtung von 15-Minuten-Städten als Käfige für die Menschen, die Verdammung des Autofahrens und -besitzens als dem Inbegriff der persönlichen Freiheit, der Verlust des Wohneigentums durch schleichende Enteignung durch Grundsteuermanipulationen, der Austausch von echter Religion zu Gunsten des Glaubens an das grüne CO2-Erlösungsmanifest, das uns einfach ohne Not übergestülpt wird (Deutschlands Anteil am weltweiten CO2-Ausstoß beträgt 2 %) und das Praktizieren von Sex mit jedem und jeder, sogar mit Kindern, die Ehe gilt als nichts mehr, was der Zerstörung der Identität und der moralisch ethischen Basis für den gesunden Menschen gleichkommt.

Wir müssen heute wieder für unsere Freiheit kämpfen.

